

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

67 (13.8.1946)

Bessere Haltung

Von Staatsrat a. D. F. Heurich

Die Folgerungen, die ein kluges und weibliches Volk aus dem Zusammenbruch des Nazireiches hätte ziehen müssen, sind im gewünschten und erdenklichen Maße nicht einsetzt. Daß Hitler den Krieg mit aller Absicht und Überlegenheit begonnen hat, steht heute einwandfrei fest. Offizieller Kreise hatten dabei eine stark beeinflussende Rolle gespielt. Von hier aus drang der militärische Geist, der durch den ersten Weltkrieg an Einfluß eingebüßt, erneut in das Volk.

Wie veresthen unter Militarismus die unwürdige, sklavische Form der verwerflichen Unterordnung in einer Maschinerie des Drills von der einen und Knechtsinn von der anderen Seite. Ueber das Soldatische hinaus überwuchert er alle menschlichen Erziehung, schablonisiert, durchdringt und verzerrt sie. Dieser Militarismus übt keine Läuterung, sondern Erniedrigung und Verbiegung der menschlichen Persönlichkeit. Hier setzte Hitler ein. Trotz verlorenem ersten Weltkrieg erzielte er Erfolge und heute nach verlorenem zweiten Weltkrieg suchte der militaristische Geist zum Teil noch in unserem Volk.

Man schimpft auf die Zerstörung unserer herrlichen Städte, Denkmäler und Landschaften durch unsere früheren Feinde, empfindet aber heute in vielen Kreisen noch nicht die Schmach über das Verbrechen, das an der Menschheit begangen wurde, indem wir den Luftkrieg begannen und diesen zum Raub- und Mordkrieg in Europa machten. Wo blieb während der Zeit unserer großen Siege bei der Masse unseres Volkes das Rechtsgefühl?

Als sich das Blatt wendete, führte das Recht wieder unendlich viele nicht rechtens. Man war gekämpft weiter unbeherrschbar und fanatisch bis zum völligen Zusammenbruch. Motto: „Nach uns die Sintflut!“

Die Schandtat der Führung des 3. Reiches, die in diesem Krieg begangen wurden, sind das vollste Abnormale, was es in der Welt gibt. Das Wort „Verbrechen“ ist nicht genug, das man völlig falsch Wege ergriffen und sich nicht schämen darf, spricht man heute wieder in engen Kreisen das Wort gelassen aus: „Da war es doch bei Hitler besser, da hatten wir genügend Arbeit und mehr zu essen.“ Ja, es gibt noch Leute genug, die von der Rückkehr des Naziregimes sprechen und ein Wunder für unser Volk erwarten. Wo das genügt. Esse Herren, frag man nicht, man würde es wohl, daß wir die Länder Europas im weitgehendsten Maße ausgeraubt haben und vorübergehend nur diese Lebensmittelrationen zu verabreichen in der Lage waren.

Damit beweisen solche Menschen, daß sie auch hier noch nicht gelernt haben und keinen Sinn für die Dinge des Weltgeschehens haben. Aber nicht genug damit, diese Unverheerlichkeit, die heute fruchtlos fröhlich darauf los, daß die heutige Demokratie schlechter sei, als die Naziherrschaft es gewesen. Gewiß ist in der heutigen Demokratie noch nicht alles so, wie wir es wünschen und wie es eigentlich sein sollte. Wir haben ja in Wirklichkeit noch keine Demokratie. Wir sind im Begriff, diese erst zu schaffen. Vorerst haben wir aber die Hände voll zu tun mit der Verwaltung der hiesigen Volksgemeinschaft.

Man schimpft auch über die „alten Politiker“ und fordert den Vortritt der Jugend. Ach Gott, welche Jugend! Die im Hitlerreich groß geworden ist, ist noch nicht so politisch geschult, um in Führung zu gehen. Zuerst müssen die „Alten“ den Staatskern wieder aus dem Sumpf herausziehen. Dazu ist die Jugend noch nicht umsichtig und stark genug. Dies kann nur geschehen mit Menschen, die vor 1933 in der politischen Verantwortung gestanden und dies in ein großer Gewinn und ein Glück für unser Volk, denn sie wußten noch etwas von praktischer Demokratie.

Was heute nach einem Jahr nach dem Zusammenbruch zum Wiederaufbau getan werden konnte, ist nur ein Wassergruß in ein durchlöcheriges Faß. Aber trotzdem haben die „Alten“ nicht die Bevölkerung zum Chaos verinken lassen. Sie, die „Alten“, haben all ihre Kräfte, alle Wege, die zum Aufbau führen können, freigelegt. Ein Volk, das so in die Irre geführt worden ist, sollte heute doch erkennen, daß andere Methoden angewandt werden müssen, um den Aufbau, wenn auch nur langsam, aber stetig voranzutreiben.

Eine englische Zeitung hat sich kürzlich mit der Haltung des britischen Volkes nach dem Krieg beschäftigt. Sie schrieb: „Die deutschen Beamten der Militärregierung gegenüber „servil“, ihre Mitbürger gegenüber aber herablassend auftraten. Eine amerikanische Zeitschrift stellte fest, daß die deutsche Uebermensch sich heute unterwürdig, hilflos, und sich selbst bemitleidend.“ Das sind Worte eines harten Kritikers. Wir sollten sie nicht unbeachtet lassen, denn wenn sich solche Stimmen mehren, würden wir in der Welt auch den letzten Kredit verlieren. Haltung tut not, innerlich vor uns selbst in unserem Denken, aber erst recht nach außen, in unserem Auftreten, in unserem Tun und Handeln. So wie uns — oder sogar einzelne von uns — die Verantwortung jetzt sehen, so wird man in den nächsten Jahrzehnten draußen beurteilen.

Der Krieg, der hinter uns liegt, der Nationalsozialismus, der die Welt in dieses Elend gestürzt hat, war für uns ein nationales Unglück. Das sollte kein Deutscher vergessen. Denn ein solches Unglück zwingt den davon betroffenen wurde, seine Folgen mit stand und Würde zu tragen. Laute Klagen und Selbstmitleiden, die man tragen sollte, sind Katastrophe, die die ganze Menschheit befallen hat. Die Vergangenheit sollte man überhaupt nur dann heraufbeschwören, wenn man aus ihren Fehlern lernen will, sonst aber sollte man Gedanken und Tatkraft allein der Zukunft und dem Beginn widmen, das Chaos zu überwinden.

Wir lassen kürzlich, daß eine stündliche Behörde am Todestag Roosevelts eine Gedenktafel abhielt, in der der amerikanische Staatsmann als Befreier Deutschlands gepriesen wurde. Was soll man in Amerika von einer solchen Kundgebung die Schlüßfolgerung wird die sein: Ein Volk, das eben noch Geburtstagsfeiern für Hitler über sich ergehen ließ, nun Trauerfeiern am Todestag des amerikanischen Präsidenten veranstaltet ist eben „unterwürdig“, vielleicht sogar „hilflos“. Auch wird man das peinliche Gefühl nicht los: Hier möchte sich jemand, der sonst nicht viel vorzuweisen hat, auf billige Art Liebkund machen. Jeder Deutsche, der heute ein offizielles Amt bekleidet, muß der Tatsache eingedenk sein, daß er — unabhängig von seiner persönlichen Einstellung dem Nationalsozialismus gegenüber — Vertreter aller Deutschen ist und seine Haltung von der Besatzungsmacht so und nicht anders gewertet wird. Dem gleichen Urteil unterliegen die Denunziationen.

Groß, riesenhaft sind die Aufgaben, die uns die Zeit stellt. Groß sind die Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen. Schlecht und Schwarzhandel müssen bekämpft werden. Die Einreihung in die aufbauende Gemeinschaft muß das Ziel aller Gutgesinnten sein. Alle, aber auch alle, sollten in einem Sinn zusammenstehen: den Wiederaufbau auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Angriff zu nehmen. Die Haltung der Bevölkerung ist dabei entscheidend. Nicht widerstreitende Interessen dürfen im Vordergrund stehen, sondern die Einigkeit für Zusammenleben und Zusammenschaffen.

Kontrolle Polens über die Oder
Warschau, 12. August. (Gana) Die Verwaltung und die Kontrolle der Oder wurde, wie eine sowjetisch-polnische Grenzkommission am Sonntag bekanntgab, an Polen übergeben. Die Kommission prüft zur Zeit kleinere Grenzberichtigungen an der polnischen Westgrenze.

Verfassungsausschuss Württemberg-Baden

Parlamentarisches System — Staatspräsident — Regierungsbildung — Richtlinien der Politik — Wirtschaftsdemokratie
Die Gesetzgebung — Verfassungsänderungen — Staatsgerichtshof — Religion u. Religionsgesellschaften

Die Ausschüßberatungen erreichten in der ersten Augustwoche verschiedene Höhepunkte. Zunächst zing die Frage um das parlamentarische System. Zu jedem wichtigen Punkt wurde durch Professor Staatsrat Dr. Schmidt aus Tübingen eine allgemeine Erläuterung gegeben. In diesem Falle wurde der Blick vor allem auf die Ausgestaltung der Regierungen und Parlamente in anderen demokratischen Ländern, namentlich in Nordamerika und England, und nicht zuletzt in der Schweiz, gerichtet. Trotz der unverkennbaren durch den demokratischen Gesamthaltung aller Teile waren die Auffassungen keineswegs immer ganz einheitlich und schließlich handelt es sich in Verfassungsfragen ab und zu um eine Frage der Technik und des Stils. Der sachverständige Berater wies besonders nachdrücklich und eindringlich darauf hin, daß ein Staat mit gemäßigter demokratischer Verfassungserfahrung weitaus am stabilsten sei und im allgemeinen weniger Gefahren und Krisen bezeuge.

Ein soziales, Abgeordneter sprach sich u. a. deshalb für eine „einzelne“ Lösung aus, weil eine „sweizerische“ Volksvertretung zu kompliziert und auch zu teuer sei. Es werde dabei offen zugegeben, daß die vorgetragenen Argumente für 2 Kammern sehr beachtlich seien. Die CDU vertrat vor allem aus Zweckmäßigkeitsüberlegungen und im Blick auf die Erfahrungen der letzten 2 Jahrzehnte neben der vom Volk direkt gewählten Kammer einen Senat. Schließlich entschied sich die Mehrheit des Ausschusses mit 11 gegen 7 Stimmen der CDU dafür, daß der Senat fallen solle. Mit dieser Entscheidung wurde aber auch der vorgesehene Staatspräsident gefallen (wie bereits in Nr. 65 BNN berichtet).

Für die parlamentarische Regierungsform dagegen wurde ein völlig einmütiges Votum abgegeben. Danach wird Württemberg-Baden künftig nur einen Ministerpräsidenten besitzen. Die Bildung einer Regierung hat wieder Anlaß zu einer reichlichen Aussprache aller Parteien. Der hier in Betracht kommende Artikel 62 des Verfassungsentwurfes wurde mit einem neuen Formulierung ausgearbeitet. Der Ministerpräsident wird hiernach vom Landtag gewählt, und zwar mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder, demnach mit mindestens 51 Stimmen! Der Ministerpräsident ernannt und entläßt die Minister und bestellt seinen Stellvertreter. Die Regierung bedarf sodann der Bestätigung des Landtags. Dazu ist ebenfalls eine Mehrheit von wenigstens 51 Stimmen erforderlich. Beim Zusammentritt eines neuen Landtags hat die Regierung jeweils zurückzutreten; ihre Amtszeit beträgt also längstens 4 Jahre. Bei seinem Amtsantritt hat der Ministerpräsident mit allen seinen Kabinettsmitgliedern vor dem Landtag, also in feierlicher Form seinen Amtseid zu leisten. Die Richtlinien der Politik bestimmt nicht die Gesamtregierung, sondern der Ministerpräsident; er führt in der Gesamtministerium den Vorsitz und leitet die Regierungsgeschäfte innerhalb der Richtlinien der Politik leitet jeder Minister seinen Geschäftskreis selbständig.

Von ganz besonderer Bedeutung ist folgender Artikel:
„Die Regierung bedarf zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags. Entzieht der Landtag durch einen mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder gefaßten Beschluß sein Vertrauen, so muß sie ihren Rücktritt erklären. Der Chef der Regierung muß allen seinen Kabinettsmitgliedern aus dem Landtag das Vertrauen aussprechen. Der Ministerpräsident, die Regierung und die Minister können jederzeit ihren Rücktritt erklären. In diesem Falle sind die Stellen bis zur Neubildung einer Regierung oder bis zur Neuernennung des Ministers weiterzuführen.“

Der hohe politische Sinn dieser Regelung liegt auf der Hand. Es ist nun wieder so ganz anders wie in der Nazizeit. Die Regierung untersteht der Kontrolle des Volkes. Wenn der Landtag dem von ihm gewählten Landtag ausreißt wird. Damit ist es nicht mehr möglich, daß die Regierung nur das tut, was sie will. Die Volksvertretung kann jederzeit sagen: Bis hierher und nicht weiter! Andererseits ist öfteren Regierungskrisen, die allzuoft in der Nazizeit durch die Unfähigkeit der Regierung ein recht dicker Riegel vorsehoben. Denn wer eine Regierung stürzen möchte, der kann dies praktisch nur, wenn die Neubildung einer Regierung abseht sichergestellt ist.

Der Ausschüß beschäftigte sich nochmals mit der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Anlaß

dazu bot vor allem ein CDU-Antrag, der eine eingehende Begründung erforderte und der grundsätzlich erkennen ließ, wie die Wirtschaftskammer in ihrer Zusammensetzung und Zuständigkeit gedacht ist. Nach längerer Diskussion fand schließlich Artikel 18 einstimmige Annahme mit folgendem Zusatzabsatz:
„Zur Ordnung der wirtschaftlichen Angelegenheiten werden Einrichtungen geschaffen, an denen die Unternehmer und Arbeitnehmer sowie die Verbraucher zu beteiligen sind.“

Der Abschnitt VI über die Gesetzgebung fand wiederum besonderes Interesse; auch der Regierung wurde eingehend beraten. Artikel 69 wurde im wesentlichen belassen und lautet nun folgendermaßen:
„Die Regierung kann, auch im Falle der Dringlichkeitsklärung, ein vom Landtag beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündung zur Volksabstimmung bringen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Landtags es beantragt. Die angeordnete Volksabstimmung unterliegt nur, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit erneut das Gesetz beschlossen hat.“

Diese Formulierung liegt offensichtlich vor allem im Interesse des Volkes, aber auch der Regierung. Von ganz besonderer Wichtigkeit war in demokratischen Ländern schon immer die Frage der Möglichkeit von Verfassungsänderungen. Hier geht es um einen Kardinalpunkt. Es kommt dabei vor allem auf das „Wie“ an. Nach tiefstehender eingehender Debatte, an der sich alle Richtungen beteiligten, fand folgende Fassung eine einstimmige Billigung und Annahme: Artikel 72:
„Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch sind Abänderungsanträge, die den Geist der Verfassung verletzen, unzulässig. Die Entscheidung über Änderungen zulässig ist, trifft auf Antrag der Regierung oder eines Viertels der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags der Staatsgerichtshof.“

Die Verfassung kann geändert werden, wenn bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages eine Zweidrittelmehrheit, die jedoch nicht kleiner sein darf als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, beschließt. Die Verfassung kann auf Antrag von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags durch Volksabstimmung geändert werden, wenn eine Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen gültigen Stimmen die Abänderung beschließt.“

Ohne vorherige Änderung der Verfassung können Gesetze, durch die Bestimmung der Verfassung durchbrochen werden, nicht beschlossen werden. Die Absätze 2, 3 und 4 dieses Artikels können nicht Gegenstand einer Verfassungsänderung sein.“

Ein Staatsgerichtshof war im Entwurf des Verfassungsentwurfes nicht vorgesehen, ergibt sich nun aber als notwendige Folge aus dem Wegfall des geplanten Senats. Die Zusammensetzung und der Aufgabenkreis erredeten naturgemäß das stärkste Interesse des Ausschusses. Schließlich war es aber doch nicht allzuschwer, sich auf einem gemeinsamen Boden zu finden. Darnach besteht der Staatsgerichtshof aus 4 Richtern, wovon drei vom Landtag bestellt werden — neben dem Oberlandespräsidenten — sowie aus 5 Landesabgeordneten, die der Landesversammlung wählen. Die Zuständigkeit wird verfassungsmäßig genau festgelegt. In Zweifelsfragen kann auch eine Entscheidung über die Auslegung der Verfassung herbeigeführt werden. Diese Entscheidung hat dann Gesetzeskraft.

Einen breiten Raum nahm der Abschnitt Religion und Religionsgesellschaften in Anspruch. Ein Antrag der KPD auf Trennung von Kirche und Staat verfiel der Ablehnung. Staatsrat Dr. Schmidt stellte fest, daß der Verfassungsausschüß des Verfassungsamt ausdrücklich anerkannt habe, daß in den Kirchen für den Staat wertvolle Kräfte zu entdecken seien, an denen man nicht schloß vorübergehen dürfe. Der Staat solle grundsätzlich nicht die Kirchen regieren wollen, aber die Kirchen sollten ihrerseits auch nicht in den Staat hineinregieren. Die SPD hatte einen Antrag eingebracht, wonach kirchliche Einrichtungen nicht in den Dienst politischer Zielsetzung gestellt werden dürfen. Gerade dieser Antrag verursachte eine lebhafteste Kontroverse. Kein Mensch wollte einen parteipolitischen Mißbrauch der Seelsorge. Aber auch andere Stellen müßten sich parteipolitisch unbedingt neutral verhalten. Zum Schluß kam ein abgeänderter Antrag zur Annahme, wobei mehrere Abgeordnete ihre Stimme enthielten, weil die Tragweite der Bestimmung im Augenblick nicht übersehbar sei.

Nach dem jetzigen Stand der Beratungen ist damit zu rechnen, daß die erste Lesung im Laufe der kommenden Woche zu Ende geführt werden kann. A. K.

Das freie Wort

Herr Helmut Stauß, Stadtrat, Karlsruhe schreibt uns:

Um falschen Gerüchten, die da und dort verbreitet werden könnten, vorzubeugen, halte ich mich zu folgenden Feststellungen verpflichtet:
Die bedauerliche Tatsache, daß sich Anzeichen des Ernährungs- und Wirtschaftsmißes Karlsruhe Unregelmäßigkeiten zuzuschreiben können, veranlaßt mich als Leiter dieser Kommission, sofort auf gründliche und restlose Klärung des Sachverhaltes hinzuwirken, nachdem ich im Monat des geschäftsführenden Landrats (1. August) dem Regierungspräsidenten Dr. Ferrari, die dringende Überzeugung persönlicher und räumlicher Verständigung beim Ernährungs- und Wirtschaftsmiß demselben zeleget habe.

Obwohl meine dienstliche Tätigkeit in Karlsruhe Weise mit dem Vorgefallenen in Beziehung gebracht werden kann, hat man mich mit einer gründung vorläufig beurlaubt, daß dies nur eine temporäre Ueberbrückung der Vorkommnisse notwendig sei. Ohne einer endgültigen Entscheidung vorzugreifen, halte ich die mir gegenüber getroffenen Maßnahmen für völlig unbegründet. Sie ist zudem geeignet, mich und die Partei für die im öffentlichen Leben tätige bin, zu kompromittieren. Inwiefern eine mir dienstlich vorgezogene Persönlichkeit hinsichtlich bezogener Unregelmäßigkeiten selbst belastet ist, werden die polizeilichen Maßnahmen klären. Die Öffentlichkeit hat das Recht auf vollständige Klärung des Sachverhaltes, behalte ich mir vor, zur zureichenden Zeit auf Einzelheiten zurückzukommen.

Herr Aug. Furrer sen., Karlsruhe, schreibt uns:
In Nr. 65 der BNN vom 8. 8. befaßte sich R. Trübler Karlsruhe, mit seiner Meinung nach unbilligen Beschlüssen der Verwaltung, die die Besetzung von Material, Lebensmittel und anderen lebensnotwendigen Dingen, Er kritisiert dabei die Bezirksverwaltung des Kreises Karlsruhe, wobei er die Bezirksverwaltung ihren Teil abkomme. Die von ihm kritisierten Beschlüsse stellen schäuf eine objektive Kritik in der Öffentlichkeit durchzuführen, weil gesunde Kritik nur fördernd wirkt. Doch sind die Beschlüsse der Verwaltung, die zur Verfügung stehenden Verbrauchsgüter nicht zu verteilen und zuteilen lassen. In meiner Eigenschaft als Leiter der 16. Bezirksstellen in Karlsruhe, sind mir die Beschlüsse der Bezirksverwaltung bekannt. Ich weiß aber auch von den Bemühungen der Bezirksstellen und deren Mitarbeiter, die ihnen übertragenen Aufgaben überaus schwierig und verantwortungsvoll auszuführen zu meistern. Ihnen allein bereitet die Verwaltung, die zur Verfügung stehende Menge gerecht zu verteilen. Allerdings sind wir alle, denen die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Dingen obliegt, nicht in der Lage, mit 30 zugestellten Holzbelegschaften oder 150 Schubbeschlüssen pro Monat die in der Stadt vorhandene Zahl von 100 000 Einwohnern entsprechend zu befriedigen. Daß bei einer solchen Zuteilung und damit verbundenen riesigen Arbeit von einzelnen auch Fehler begangen werden, wird nicht bestritten, liegt aber in den Tatsachen. Doch haben wir genügend Beweise, daß die Ursache der entstehenden Mängel nicht immer auf der einen Seite liegt. Das ist sehr unverantwortliche Verhalten eines Teils der Bevölkerung, die sich nicht um die Bedürfnisse der Bevölkerung kümmert, sondern sich selbstherrlich aufbringen und sich nicht zu geben, wenn als Nachbarländer bekannte Besucher und sogenannte Daueranstecher sich erlauben zu sagen: „Ist das eure Demokratie“, wenn sie nicht gleich wachsam Bürgermeister werden, um die Verwaltung zu kontrollieren. Man hätte die oben erwähnte und wie sie ist, nicht täglich mündlich und schriftlich bei den Bürgermeistern einbringen und Beratung verlangen, wenn man nicht wüßte, daß System dahinter steckt. Wenn gar noch, wie in diesem Fall der Einsender nicht einmal soviel Mut aufbringt, seinen eigenen Namen anzugeben, ja, sich nicht scheut, mit dem Namen eines von Jahren verstorbenen anständigen Karlsruher Bürger sich zu tarnen, so hat sein „Eingangs“ nichts mehr mit einer solchen Kritik zu tun.

Die neuen Rationen im Bergbau

Kohlenproduktion das Herz wirtschaftlichen Aufbaues

Berlin, 12. August. (Gana) Wie bereits gemeldet, ist eine erhöhte Lebensmittelzuteilung für Bergarbeiter vorgesehen. Nachstehend geben wir näher Einzelheiten bekannt:
Die folgende Aufstellung zeigt den Anstieg der Zuteilungen der verschiedenen Kategorien von Schwerarbeitern (unter Tage) früher: 3200, jetzt 4000. Schwerarbeiter früher 2900, jetzt 3400. Teil-Schwerarbeiter früher 2450, jetzt 2800.
Jeder Bergarbeiter wird die gesteigerte Lebensmittelzuteilung bereits für den August bekommen. Damit die erhöhte Ration auch weiterhin bezogen werden kann, muß die Förderung pro Mann am Tag oder pro Mine und pro Tonne im Laufe der August jedoch wenigstens um zwei Prozent steigen und dabei zehn Prozent der Differenz zwischen der Grundförderung und dem aufgestellten Produktionsziel erreichen. Wenn die volle Quote nicht erfüllt ist, wird die Zuteilung entsprechend gesenkt.
Sobald 50 Prozent des verplanten Förderungssolls einer Zeche erreicht sind, erhält der Bergarbeiter als weiteren Ansporn Zusatzrationen in Höhe von 200 Kalorien täglich für jeden seiner nächsten Angehörigen. Ist das volle Produktionsziel erreicht, so steigen diese zusätzlichen Zuteilungen auf 400 Kalorien täglich. Die Ausgabe der Zusatzrationen an die Familienangehörigen ist jedoch ausschließlich von der Stetigkeit der gesteigerten Förderung abhängig und fällt weg, sobald ein Nachlassen in der Produktionsleistung eintritt.
Um das Fernbleiben der Bergarbeiter von der Arbeit weitgehend einzuschränken, erhalten diejenigen, die im Laufe eines Monats überhaupt nicht gefehlt haben, zusätzlich Schnaps und Tabak. Die

Stuttgarter Gemeinderat kritisiert Stadtverwaltung

Stuttgart, 12. August. (Gana) Die Zeit der unmittelbaren Entscheidungen der Oberbürgermeister, wie sie im vergangenen Jahre noch notwendig gewesen seien, müsse vorüber sein, erklärte ein Vertreter der SPD in der Sitzung des Stuttgarter Gemeinderats am Freitag. Die SPD, so fuhr der Abgeordnete fort, übernehme die Verantwortung für die Ereignisse der ablaufenden Zeit nur soweit, als der Oberbürgermeister den Gemeinderat vor seinen Entscheidungen gehört habe.
In der Tagung bestritten Abgeordnete der SPD, CDU und DVP die Berechtigung der Arbeitsausschüsse, neben der Stadtverwaltung den Einfluß auf die Arbeit der Stadtverwaltung zu nehmen. Die Arbeitsausschüsse müßten selbst erkennen, daß ihre Aufgaben zeitlich begrenzt gewesen seien.
Ein Vertreter der KPD verlangte nochmals Überprüfungen der städtischen Komter und Beamten auf saubere Geschäftsführung.

USA-Preiskontrollgesetz unterzeichnet

Washington, 12. August. (Gana) Präsident Truman hat am Donnerstag den abgeänderten Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Preiskontrolle in den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Der Gesetzentwurf stellt die Wiedereinführung der Preiskontrolle im gemeinsamen Ausschüß des Senats und des Repräsentantenhauses ausgearbeitet worden war. Er sieht die Ausübung der stark eingeschränkten Preiskontrolle durch das Preisüberwachungsamt (OPA) bis zum 30. Juni 1947 vor. Nach der Unterzeichnung erklärte Präsident Truman verschiedene Sonderbefugnisse, falls die eingeschränkte Preiskontrolle sich als unzulänglich erweisen würde, der Kongreß zu einer Sonder Sitzung einberufen, um die Preiskontrollvorschriften zu verabschieden und das Land vor wirtschaftlichem Unheil zu bewahren. Der Präsident betonte, er habe das Gesetz nur widerwillig unterzeichnet. Es garantierte bei weitem nicht die Einführung allgemein stabiler Preise.

Keine Befriedung Chinas

Nanking, 12. August. (Gana) Die Bemühungen, China Frieden und Eintracht zu bringen, sind fehlgeschlagen, wie aus einer am 10. dieses Monats veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der Sonderbotschafter Präsidenten Truman, General Marshall, und des amerikanischen Botschafters in China, John Leighton Stuart, hervorgeht. Ein Sprecher der chinesischen Kommunisten erklärte hierzu, die Frage sei nun „Krieg oder Frieden — Diktatur oder Demokratie“. Er forderte die Kommunisten wünschenden bedingungslos Einstellung der Feindseligkeiten, während die Regierung den Frieden von Bedingungen abhängig mache, die unannehmbar seien.

Sowjetunion fordert Revision des „Abkommens von Montreux“

London, 12. August. (Gana) Die sowjetische Regierung hat Großbritannien mitgeteilt, sie wüßte eine Revision des Abkommens von Montreux, wie ein Sprecher des britischen Außenministeriums am Montag bekanntgab. Diese Mitteilung erfolgte, nachdem bereits aus Ankara gemeldet worden war, daß die türkische Regierung während des Wochenendes in letzter Minute eine sowjetische Note über diese Angelegenheit erhalten habe. Eine amtliche Bestätigung dieses Berichtes liegt noch nicht vor. Aus Istanbul wird jedoch gemeldet, daß das türkische Kabinett am Montag mehrere Male zusammentrat und seine Beratungen bis spät in die Nacht fortsetzte. Die türkische Presse brachte die Meldung, daß die Sowjetunion formell um eine Revision des Abkommens ersucht habe und daß eine Konferenz der unterzeichnenden Mächte, auf die die Sowjetunion teilnehmen würden, in Kürze stattfinden werde.
Nach den letzten Informationen bringt die Sowjetunion in ihrer Note den Wunsch zum Ausdruck, daß die neue Regelung über die Benutzung der Meerengen nur von den Schwarzmeer-Staaten, nämlich der Sowjetunion, Rumänien und der Türkei getroffen wird.

Die neuen Rationen im Bergbau

Kohlenproduktion das Herz wirtschaftlichen Aufbaues

den, die einen Tag von der Arbeit fernbleiben, ohne eine besondere Genehmigung hierzu gehabt zu haben, erhalten nur die Hälfte dieser Zuteilung und diejenigen, die zwei Tage fehlen, nur $\frac{1}{4}$ der Extraration. Bergleute, die mehr als zwei Tage fehlen, bekommen die Sonderzuteilung überhaupt nicht.
Die Zuteilung beträgt für Schwerarbeiter $\frac{1}{2}$ Liter Schnaps und 100 Gramm Tabak, für Teil-Schwerarbeiter $\frac{1}{4}$ Liter Schnaps und 50 Gramm Tabak.
Die Lebensmittelzuteilungen setzen sich wie folgt zusammen: 40–50 % der zusätzlichen Kalorienmenge — Nahrungsmittel und Brot, 15–20 % Fett, 5–8 % Fleisch, 15–20 % Kartoffeln, 10–15 % Käse, 3–5 % Zucker. Außerdem erhält jeder Bergmann täglich 10 Gramm Kaffee-Ersatz.
Die Kohlenförderung der US-Zone im Juni betrug mehr als 90 % des Standes von 1938. Obwohl die Zone nur zwei Prozent der Gesamtkohlenproduktion Deutschlands stellt, ist jede zusätzlich geförderte Tonne Koble von höchster Wichtigkeit. Wie General Draper erklärte, wird dieser zur Mehrleistung anspornende Plan, sofern er Erfolg bringt, auch in einer oder mehreren übrigen Besatzungszonen angenommen werden.

Deutschland und Frankreich

Grumbach und Paul Löbe sprachen in Hannover Hannover, 12. August. (Gana) Es sei ein Meer von Schwierigkeiten zu überwinden, um das deutsche und das französische Volk zusammenzubringen, erklärte der bekannte französische Sozialist und Parlamentarier S. Groussin bei der 4. Mt. in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Hannover. Jedoch könne, so führte Grumbach weiter aus, die heute bestehende Kluft auf die Dauer nicht bestehen bleiben, wenn Europa gesunden wolle. Er sei heute, wie auch im ersten Weltkrieg, der erste französische Politiker, der in Deutschland spreche. Und wenn Deutschland heute die Lasten einer Besetzung zu tragen hätte, so müßten die Deutschen bedenken, daß auch Frankreich erfahren hätte, was es bedeutet, vier lange Jahre von einem enadlenosen Feind besetzt zu sein. Die Sozialistische Partei Frankreichs sei gegen eine Zerstückelung Deutschlands, um der deutschen Jugend wieder eine Chance zu geben.
Vor ihm hatte Paul Löbe über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und Schwierigkeiten in Deutschland gesprochen und hatte weiter betont, daß die deutschen Sozialdemokraten keinen Gegensatz zwischen Ost und West wüßten. Sie wollten vielmehr die Mittel zwischen beiden sein. Der Redner nahm abschließend zu den Verschmelzungsbestrebungen im Sinne der Sozialistischen Einheitspartei Stellung und forderte die Kommunisten auf, wenn sie für den Parlamentarismus seien, in die Sozialdemokratische Partei zurückzukehren.

Sowjetunion contra La Guardia

Genf, 12. August. (Gana) Der sowjet. Delegierte auf der Genfer UNRRA-Tagung, Feonov, wies in der Freitagsitzung den Einspruch La Guardias gegen die Besatzungspolitik der Roten Armee in Oesterreich mit der Begründung zurück, daß der UNRRA-Rat sich nicht mit Politik zu beschäftigen habe.
Die UNRRA könne ihren Ruf als unpolitische Hilfsorganisation leicht verlieren, wenn sie sich in politische Probleme verwickeln lasse, erklärte Feonov unter Bezugnahme auf die Rede La Guardias am Mittwoch, in der dieser gegen den Verkauf österreichischen Oels an die Tschechoslowakei Stellung genommen hat.

Interessantes in Kürze

Juden ermordet oder einem Vernichtungslager überführt zu haben.
München. Rund 1000 unterernährte deutsche Kinder unter 16 Jahren werden zu einem Erholungsanfahtal in die Schweiz geschickt werden.
Hamburg. „Hamburg wird weiterhin für sich bleiben“, erklärte Bürgermeister Petersen am Freitag in einer Pressekonferenz in Hamburg Rathaus. Hamburg könne seiner kulturellen und wirtschaftlichen Mittleraufgabe zwischen Deutschland und dem Ausland am besten gerecht werden, wenn es seine Interessen an höchster Stelle in Deutschland selbst vertrete und nicht über eine Zwischeninstanz.
Leipzig. Entzogen den gesetzlichen Bestimmungen und trotz wiederholter Warnungen hat die Stadt Wasmunen in Thüringen, wie die deutsche Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen für die sowjetische Besatzungszone mitteilt, ohne Genehmigung einen Viererblock Briefmarken im Nominalwert von 84 Pfennigen drucken lassen, den sie zum Preis von 10 Mark je Stück verkauft und der im Handel mit 24 Mark angeboten wird. Die Personen, die für den Druck und Herausgabe verantwortlich sind, werden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Wo die Marken aufgetaucht, werden sie beschlagnahmt.

Nürnberger Prozeß

1934 die SS-Totenkopfverbände geschaffen, die aber in keinem Zusammenhang mit dem allgemeinen SS gestanden hätten. Auf die Frage des Verteidigers, ob die Waffen-SS systematische Verbrechen an der Front begangen habe, gab der Zeuge zu, daß auch von seinen Waffen-SS „einzelne Verbrechen“ verübt wurden.

Skelettsammlung aus dem KZ.
Auf die Frage, warum der Kriminalkommissar Wirt, der Landtagsdirektor Reich, der stellvertretende Leiter der Lubliner Vernichtungslager beauftragt wurde, erwiderte er Zeuge, „Dr. Morgen, Wirt habe sich bereits vor der Madtagbefragung durch seine skrupellosen Untersuchungsmethoden bei der Kriminalpolizei Stuttgart einen Namen gemacht und sei deshalb als der geeignete Mann hierzu erschienen.“

Morgen erklärte weiter, er habe sich nach Aufdeckung der Verbrechen über die Ressortchef an Himmler gewandt. Es sei auch zu Untersuchungen durch das Reichsicherheitshauptamt gekommen, aber „mit negativem Resultat“.
Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Zeuge, SS-Standartenführer Reich, der stellvertretende Leiter des „Ahnenerbes“ Sievers, von brit. Ankläger ins Kreuzverhör genommen. Sievers versuchte zunächst, jede Mitwisserschaft an den Verbrechen der Nazi-Gelächerten abzuleugnen. Ankläger Elvyn Jones legte ihm darauf seine eigene Korrespondenz mit dem Amt Himmlers und Tagebuchaufzeichnungen vor, die eindeutig die Schuld von „SS-Wissenschaftlern“ an Massenmord unschuldig, KZ-Häftlinge beweisen. Eine Reihe von Briefen und Geheimchreiben beridneten über die Entstehung der Skelettsammlung des anatomischen Museums Straßburg. Sievers mußte zugeben, daß die Skelette vom Konzentrationslager Auschwitz zur Verfügung gestellt worden waren.

Himmlers „Kraftmeierei“

Der Entlastungszeuge für die SS Hausser, wußte in der Dienstauswertung, so erklärte der Zeuge, seiner Ansicht nach nur für die „Überwachung der Zivilbevölkerung“ in den besetzten Ländern bestimmt gewesen. Die Massenbrutrichtungen in der Tschochoslowakei und die „Vernichtungslager“ des Warschauer Ghetto durch die Einheiten der Waffen-SS, von denen der Zeuge erst in der Gefangenschaft erfahren haben will, sieht er nicht als eine Folge der polit. Erziehung, sondern als das „Versagen von Persönlichkeiten, die die Nerven verloren“.
Ueber Himmler sagte Hausser aus, daß dieser bei der Truppe und vor allem bei den Kommandanten wegen seiner militärischen Unerfahrenheit und seiner „Kraftmeierei“ sehr unbeliebt war.
Zu schriftlichen Aussagen über die Gräueltaten der SS in Polen erklärte Hausser, nachdem er zunächst die Glaubwürdigkeit dieser Dokumente angezweifelt hatte, „da waren rückwärtige Einheiten der Waffen-SS.“

Die Morde und Brandstiftungen der SS in Frankreich bezeichnete Hausser als Mittel, die im Kampf gegen die polnische Bevölkerung verwendet seien. Als nächster Zeuge für die SS wurde Günther Reinecke, ehem. SS-Oberführer und Chefrichter des Obersten SS-Gerichtes aufgerufen.
Die Tätigkeit Himmlers, so erklärte der Zeuge, sei nicht immer mit der der SS identisch gewesen. Da Himmler viele andere Funktionen innegehabt habe, für die Bewachung der KZ's hat Himmler

Interessantes in Kürze

haben Japan führen in der haben den Enden. die Sie Zukun Menschen ten ha noch 1. tions zum A tion Ame Achnu Netze

Atomenergie - Tod oder Segen für die Menschheit

Bernard M. Baruch an die Ver. Nationen — Der Krieg als Mittel zur Beseitigung von Meinungsverschiedenheiten muß ausgeschaltet werden.

Washington, 12. August. (dona) Zwei Berichte des Präsidenten Truman über die Atombombenverwertung auf Bikini wurden vom Weißen Haus veröffentlicht.

In dem Bericht der von dem Präsidenten eingesetzten Auswertungskommission, die aus neun Zivilisten besteht, wird davor gewarnt, daß ein weiterer Einsatz der Atombomben keine Sicherheit im Krieg als Mittel zur Beseitigung von Meinungsverschiedenheiten unter den Nationen abschafft werde. Der zweite Bericht war von einer Auswertungskommission herausgegeben worden, die aus sieben Armee- und Flottenoffizieren sowie Wissenschaftlern besteht.

In beiden Berichten wird hervorgehoben, daß die Radioaktivität sofort nach der Unterwasserdetonation der Bombe schätzungsweise die gleiche Wirkung wie viele hundert Tonnen Radium gehabt habe. Folgende Hautschäden wurden durch die Unterwasserbombe angedeutet:

Das unmittelbare Sinken des Schlachtschiffes „Arkansas“ das Sinken der Flugzeugträger „Saratoga“ 7 1/2 Stunden nach der Explosion der Bombe und die Strandung des Zerstörers „Hughes“, das japanische Schlachtschiff „Nagato“ sank fünf Tage nach der Detonation.

Das von Präsident Truman ernannte Auswertungskomitee verzieht in seinem Bericht die Luftexplosionen mit der Unterwasserexplosion der Atombombe und kommt zu folgenden Schlüssen:

Von unseren Beobachtungsstellen aus konnten wir feststellen, daß die Luftexplosion die in dem Detonationsbereich schwimmenden Schiffe weit mehr beschädigt worden sind als durch die Unterwasserexplosion der Bombe. In dem ersten Versuch waren Besatzungsmitglieder auf den Schiffen durch die tödliche Blutzirkulation bei der Detonation tödlichen Dosen von Neutronen und Gammastrahlung ausgesetzt, anders als die tödliche Auswirkung der abfallenden Radioaktivität ist dem zweiten Versuch umfassender. Die zweite Bombe versenkte eine Flutwelle, die sich mit ihrer radioaktiv beladenen Oberfläche über die See ausbreitete. Diese Tatsache mag sich ebenso verheerend auf die Ufer auswirken wie die Wirkung des ersten Versuchs, obwohl die Ursachen jeweils verschieden sind. Ein feindlicher Angreifer, der zwei oder mehr Atombomben einsetzen könnte, die tödlichen Wirkungen beider Versuche bei der Detonation seiner Bomben miteinander vereinen.“

Tödliche Ausstrahlungen

Die Ergebnisse der beiden Versuche werden bereits durch Schiffskonstruktionsbüro geprüft. Die Versuche zeigen unzweifelhaft, daß die Schiffs-

konstruktionen sowohl über als auch unter der Wasseroberfläche Änderungen erfahren würden, die die Schiffe zerschlagen und Explosionswirkungen immun machen sollen. Zum Schutz gegen die tödlich wirkenden Gamma- und Neutronen-Austrahlungen müßten die Flottenstreitkräfte weit auseinandergezogen und Hafen- und Dockanlagen dezentralisiert werden. „Wir sind davon überzeugt“, heißt es abschließend in diesem Bericht, „daß Abstand die beste Verteidigung ist.“

Der Bericht des Auswertungskomitees der militärischen Sachverständigen zibt folgende Einzelheiten über die Atombombenexplosionen selbst.

Der Durchmesser der Wasserwelle betrug ungefähr 700 m. Die Wasserwelle, die durch die Unterwasserexplosion entstand, stieg bis zu einer Höhe von etwa 2000 m, während der Sprühregen und die Wasserdampfwelle noch weit größere Höhen erreichten. Der Gesamtschlag betrug etwa zehn Millionen Tonnen Wasser. Die Sturzweite im Umkreis von etwa 300 m vom Detonationsherd hatte eine Höhe von 20 bis 30 m. Diese Sturzweite nahm aber in ihrer Höhe schnell ab, sobald sie sich in einen weiteren Umkreis ergoß. Die Ergebnisse der Messungen der Unterwasserwelle sind noch nicht abgeschlossen. Chronographische Messungen zeigten keine bemerkenswerten Ergebnisse.“

Furchtbare Folgen der Radioaktivität

Einige Minuten Aufenthalt innerhalb des Wirkungskreises der starken Radioaktivität während der Atombomben-Explosion hätten für ein menschliches Wesen zehntausendmal mehr Schaden verursacht als die Wirkung der Atombombe selbst. Innerhalb von Tagen oder Wochen wären dann die Menschen an den furchtbaren Folgen der Radioaktivität gestorben. Das gefährlich radioaktiv gewordene Wasser stellte nach vier Tagen noch eine solche Gefahr dar, daß es für die Untersuchungsabteilungen unmöglich war, nach dem Zentrum des Explosionsherdes vorzudringen.

Es ist noch zu früh, um einen genaueren Überblick über alle Einzelheiten der Bikini-Versuche zu geben, heißt es abschließend in dem Bericht der militärischen Sachverständigen. Aber es ist nicht zu früh, auf die Notwendigkeit für sofortige und intensive Forschungsarbeiten hinzuweisen. Ein Problem, das erforscht werden muß, stellt beispielsweise die Versenkung eines weiten Wassergebietes dar. Gegen radioaktive Wirkungen, wie sie bei den Bikini-Versuchen entstanden sind, müssen nicht nur Schuttmittel und -vorkehrungen für Schiffsmannschaften gefunden werden, sondern auch für die Bewohner von Städten.

sich gegen die getroffenen Abmachungen der Nationen vergehen. Eine Bestrafung ist wesentlich, wenn der Friede mehr als ein leibhaftiges Intermezzo zwischen Kriegen sein soll. Die Ver. Nationen können überdies eine individuelle Verantwortung und Bestrafung nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, Frankreich und den Vereinigten Staaten angewandt werden, eine Formel, die gewiß zum Wohl einer zivilisierten Welt beitragen würde.

In der augenblicklichen Krise vertreten wir nicht nur unsere Regierung, sondern wir sind in einem weit größeren Sinne die Vertreter der Völker der Welt. Wir müssen uns dabei erinnern, daß die Völker nicht den Regierungen gehören, sondern daß die Regierungen den Völkern gehören. Wir müssen ihre Forderungen erfüllen und die Schmach der Welt nach Frieden und Sicherheit befridigen.

Diesen Wunsch teilen die Ver. Staaten voller Hoffnung und in heißem Verlangen. In unserem Lande hat die wissenschaftliche Forschung in der Suche nach der absoluten Waffe ihren Erfolg gehabt. Aber die Ver. Staaten sind bereit, dieses Instrument zu ächten und zu zerlegen, das Schicksal der Menschheit, das Leben und nicht den Tod zu widmen, wenn sich die Welt in einem Abkommen zu diesem Zweck vereinigt.

Freiheit von Furcht

Unser Erfolg verspricht ein neues Leben, Freiheit vor der herzbeklemmenden Furcht, die jetzt die Welt befallen hat. Der Beginn des Sieges für die großen Ideale für die Millionen bluteten und fielen, liegt im Aufbau eines verwendbaren Planes. Wir nähern uns jetzt der Erfüllung der Sehnsucht der Menschheit, das Leben zu leben und nicht den Tod zu widmen, wenn sich die Welt in einem Abkommen zu diesem Zweck vereinigt.

Frieden der Schlüssel zur Demokratie

Nur durch einen dauernden Frieden werden die Prinzipien der Demokratie und der Freiheit gestärkt und verteidigt. Der Krieg ist ihr Feind. Es ist nicht damit getan, zu glauben, daß irgendeiner von uns den Verfall eines Krieges entgegennehmen könne. Sieger, Besiegte und Neutrale werden alle in gleicher Weise durch den Krieg physisch, wirtschaftlich und moralisch in Mitleidenschaft gezogen.

Gegen die Schrecken des Krieges können wir eine Sicherheit errichten. Das ist das Ziel, das wir erstreben. In den Gedanken, die wir streben, das Wesentliche unserer Absicht zu finden. Andere werden nur Leere sehen. Jeder von uns führt seinen eigenen Spiegel mit sich, in dem er Hoffnung oder absolute Verzweiflung, Mut oder Feigheit sieht.

Hunger und Not herrscht heute in der ganzen Welt. Die Körper der Menschen sind ausgemergelt. Aber die größere Hungersnot ist der geistige Hunger der Menschen. Diese Ausmagerung kann gebannt werden durch die Überwindung der Furcht und ihre Ersetzung durch Hoffnung, aus der Glaube entspringt. — Glaube aneinander — Glaube, daß wir zusammen für das Heil arbeiten wollen, und die Entschlossenheit, daß diejenigen, die den Frieden und die Sicherheit gefährden, bestraft werden sollen.

Die Völker der hier versammelten Demokratien

haben ein besonderes Interesse an unserer Entscheidung, denn sie lassen den Krieg. Sie werden diejenigen zur Verantwortung ziehen, die versagen, einen Ausweg zu finden. Die Völker haben keine Angst vor einem Internationalismus, der Schutz bietet. Sie sind nicht gewillt, sich durch Redereien über engstirnige Souveränität, die die heutige Phrase für das gestrige Schlagwort „Isolierung“ ist, täuschen zu lassen.

Die Grundlage einer gesunden Außenpolitik muß in unserem neuen Zeitalter für alle hier versammelten Nationen lauten: Alles, was sich als Bedrohung des Weltfriedens oder der wirtschaftlichen Sicherheit, gleichgültig, wo oder unter welchen Umständen, ereignet, geht jeden und alle an.

Abschnitt V. Umfang der Befugnisse der Kommission

Die Kommission soll mit überster Eile an die Arbeit gehen und Nachforschungen in allen Phasen des Problems anstellen. Sie soll von Zeit zu Zeit in dieser Hinsicht solche Empfehlungen geben, wie sie für sie für möglich halten. In besonderen hat der Ausschuss bestimmte Vorschläge auszuarbeiten:

a) zur Erweiterung des Austausches grundsätzlicher, wissenschaftlicher Informationen für friedliche Zwecke unter allen Nationen;

b) zur Kontrolle der Atomenergie in dem Ausmaß, das notwendig ist, um den Gebrauch der Atomenergie nur für friedliche Zwecke zu sichern;

c) zum Ausschluß von Atomwaffen und allen anderen schweren Waffen, die zur Massenvernichtung führen können, aus den Rüstungen einzelner Staaten;



Wenn alle sich bemühen, wird sie schon wieder zutraulich

Dies soll, in großen Zügen ausgedrückt, das Grundprinzip der Vereinten Nationen sein. Mit diesem Gedanken beginnen wir die Beratung über den wichtigsten Gegenstand, der die Menschheit berührt: das Leben selbst. Laßt uns hier nicht Wortspiele über Pflicht und Verantwortung dieses Ausschusses und der Regierungen, die wir vertreten, machen. Im Herbst meines Lebens fühle ich mich noch dazu bezogen, meine Bemühungen der Erfüllung der Weltsehnsucht zu widmen, und zwar auf Grund des großzügigen Mandates, durch das dieser Ausschuss geschaffen wurde.

Die Resolution der Ver. Nationen

Die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 24. Januar 1946 in London gefaßt wurde, lautet:

d) zu wirksamen Schutzmaßnahmen durch Bewachung und andere Mittel, um Vertragsstaaten vor Gefahren der Vertragsverletzungen und vor Umgehungen zu schützen.

Die Arbeit des Ausschusses soll in verschiedenen Stufen vor sich gehen. Die nächste Aufgabe kann erst dann unternommen werden, wenn die erfolgreiche Vollendung einer Arbeit, die sich das notwendige Vertrauen der Welt erworben hat, durchgeführt ist. Unser Auftrag beruht in Wort und Geist auf dem Ergebnis der Moskauer Konferenz, der Außenminister Molotow von der UdSSR, Bavin von Königreich Großbritannien und Byrnes von den Ver. Staaten von Amerika. Die drei Außenminister schlugen am 27. Dezember 1945 die Errichtung dieser Körperschaft vor.

Atomenergie soll dem Frieden dienen

Staatsmänner und Wissenschaftler der ganzen Welt arbeiten an Nutzbarmachung der neuen Wunderkraft für Freiheit und Fortschritt

Washington, 12. August. (dona-Sonderdienst) Der wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Gesetzes durch Präsident Truman, durch das die Kontrolle der Atomenergie in den Vereinigten Staaten geregelt werden soll, betont von neuem den Willen der U.S., die neue Wunderkraft der gebänderten Atomgewalt für Freiheit und Fortschritt nutzbar zu machen. Für Freiheit und Fortschritt, für Freiheit von Furcht, Freiheit von Krankheiten, für Fortschritt auf allen Gebieten der Technik und der Heilkunde.

„Auf Grund des Gesetzes wird ein fünfgliedriger Ausschuss geschaffen werden, dem die Überwachung der Erforschung und Anwendung von Atomenergie übertragen ist. Die fünf Mitglieder des Ausschusses werden Zivilisten sein. Sie werden weitgehende Vollmachten haben, um über die Rohmaterialien, die zur Erzeugung von Atomenergie benötigt sind, zu disponieren und in alle Arbeiten auf diesem Gebiet Einblick zu nehmen.“

Vor einem Jahr erster Atombomben-Abwurf

Vor etwa einem Jahr wurden zum erstmaligen Atombomben verwendet. Die Vereinten Staaten gebrauchten diese furchtbare Waffe, um einen blutigen Krieg zu beenden, dessen Fortschritt zweifellos noch Millionen von Menschenleben zum Opfer gefordert hätte. Japan, der Angreifer im Osten, war gewarnt worden, nachdem der Angriff im Westen, Deutschland den Kampf aufzugeben hatte. Die Alliierten hatten von Potsdam aus die Aufforderung zur Kapitulation in Tokio gerichtet und in unmißverständlicher Weise die Schrecken geschildert, die eine Ablehnung zur Folge

der Vereinten Nationen am 14. Juni d. Js. gehalten hatte, steht noch immer zur internationalen Diskussion. Die Vorschläge, die Amerika unterbreitete, mögen Verbesserungen und Veränderungen bedürfen. Sie haben aber jedenfalls den Willen der Ver. Staaten zum Ausdruck gebracht, ihren vollen Beitrag zur Lösung des Problems der Atomenergie-Kontrolle im Rahmen der UN zu leisten und gipfeln in den Empfehlungen, Atomwaffen als Mittel der Kriegführung auszuschalten, dagegen die phantastischen Möglichkeiten der Atomkraft unter internationaler Kontrolle und in Zusammenarbeit aller Völker der Menschheit dienstbar zu machen.

Die Rede Bernard M. Baruchs

Bernard M. Baruch richtete seine Rede an die Mitglieder des Atomenergie-Ausschusses der Vereinten Nationen und an seine Mitbürger der Welt und erklärte:

Wir sind hier versammelt, um eine schnelle Wahl zwischen Leben und Tod zu treffen. Das ist unsere Aufgabe. Hinter den düsteren Vorzeichen des neuen Atomzeitalters liegt eine Hoffnung, die — mit Glauben aufgegriffen — unsere Rettung sein kann. Versagen wir darin, dann werden die Menschen zum Sklaven der Furcht verurteilt. Darum dürfen wir uns selbst nichts vormachen. Wir müssen zwischen dem Frieden und der Zerstörung der Welt wählen. Die Wissenschaft hat der Natur ein in seinen Möglichkeiten so gewaltiges Geheimnis entrisen, daß unser Verstand vor dessen mächtigen Auswirkungen zurückbleibt. Doch reicht Furcht

Die Schaffung dieses Ausschusses wurde auf einer vorbereitenden Konferenz am 15. November 1945 in Washington angesetzt, als der Präsident der Ver. Staaten gemeinsam mit dem britischen Ministerpräsident Attlee und dem kanadischen Ministerpräsident King einstellte, daß eine internationale Kontrolle des gesamten Gebietes unmittelbar lebensnotwendig sei. Sie schufen die Bildung dieses Ausschusses vor. Wenn man diese gemeinsame Erklärung prüft, so wird man finden, daß ihre Urheber das endgültige Mittel zur Erreichung der Weltfriedens, nämlich die Abschaffung des Krieges.

Feierlich schrieben sie: „Wir sind uns dessen bewußt, daß der einzige vollkommene Schutz für die zivilisierte Welt vor der vernichtenden Anwendung wissenschaftlicher Erfindungen in der Verhütung des Krieges liegt. Kein Sicherheitsystem kann erlassen werden, das aus sich selbst heraus eine wirksame Garantie gegen die Herstellung von Atombomben darstellt, die in der Welt weit verbreitet zu sein. Wir dürfen auch nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer Waffen oder neuer Methoden einer Kriegsführung verneinen, die eine ebenso große Gefahr für die Zivilisation wie die militärische Anwendung von Atomenergie darstellt.“

Auf Grund der Entwicklung, die ich hier aufgezeigt habe, sind wir hier versammelt, um die Probe darauf zu machen, ob der Mensch durch seinen Willen und Glauben das Wunder des Friedens schaffen kann, so wie er durch Wissenschaft und Können das Geheimnis der Atome gelöst hat

Internationale Überwachungsbehörde

Die Ver. Staaten schlagen daher die Schaffung einer internationalen Behörde zur Kontrolle und Überwachung der Atomenergie vor, die der Kontrolle der Rohstoffe aussehend, die Überwachung aller Phasen der Entwicklung und Verwendung von Atomenergie obliegen soll.

Die Aufgaben dieser Behörde sind folgende:

1. Die verfassungsmäßige Kontrolle und das Eigentum über alle Unternehmungen auf dem Gebiet der Atomenergie, die eine potentielle Gefahr der Welt sicherheit darstellen.
2. Die Einräumung des Rechtes zur Kontrolle, Inspektion und Lizenzierung der Tätigkeit mit der Atomfrage zusammenhängender Tätigkeiten.
3. Die Pflicht zur Förderung der Verwendung von Atomenergie zu allgemein nützlichen Zwecken.
4. Forschungen positivem Ziel, diese Behörde an die Spitze der Atomwissenschaft zu stellen. Sie wird dadurch fähig sein, jedweden Mißbrauch von Atomenergie zu erfassen und zu verhindern.

Um eine wirksame Arbeit leisten zu können, muß diese Behörde auf dem Gebiet der Atomenergie und seiner Entwicklung führend sein. So ergänzt sich die lezale Macht der Behörde mit seiner führenden Kenntnis auf dem Gebiet der Atomenergie.

Ich lege dies als die Basis zur Aufnahme unserer Diskussion vor. Aber ich bin der Ansicht, die Völker, denen wir dienen, würden nicht glauben — und ohne Glauben kann nichts erreicht werden — daß ein Vertrag, der den Besitz oder die Anwendung der Atombombe nur ächtet, eine wirksame Erfüllung der Aufgaben für diesen Ausschuss darstellen würde. Frühere Versuche der Methoden der Kontrolle der Sicherheit, die nicht durch eine wirkliche Garantie der Sicherheit und der Rüstungsbeschränkung unterstützt waren, sind fehlerhaft gewesen. Niemand in der Welt würde an solche Methoden allein glauben.

Jetzt, wenn jemals, ist die Zeit gekommen, für das allgemeine Wohl aller zu handeln. Die öffentliche Meinung ist für eine Weltbewegung, die eine Sicherheit gewährleistet. Wenn ich die Zeichen recht verstehe, wünschen die Völker ein Programm, das nicht nur aus frommen Gedanken zusammengesetzt ist, sondern sie fordern Sanktionen, die erzwungen werden können, ein internationales Gesetz, das auch seine Zähne zeigen kann. Wir in den Ver. Staaten wünschen der Welt den Frieden, und wir sind uns der Schwere der Verpflichtungen bewußt, die sich aus dem Besitz der Mittel zur Herstellung der Atombombe und aus der Tatsache ergeben, daß sie ein Teil unserer Rüstungen ist. Wir sind bereit, unseren vollen Bei-

trag für die wirksame Kontrolle der Atomenergie zu leisten.

Wenn über ein entsprechendes System zur Kontrolle der Atomenergie unter Verzicht auf Verwendung der Atombombe als Waffe sowie über die angemessene Bestrafung für Verletzung der Kontrollmaßnahmen Übereinstimmung erzielt ist und solche Verletzungen als internationale Verbrechen festzustellen sind, schlagen die Vereinten Staaten folgendes vor:

1. Die Produktion von Atombomben soll eingestellt werden.
2. Ueber vorhandene Atombomben wird nach den Bedingungen des internationalen Abkommens verfügt.
3. Die Überwachungsbehörde soll im Besitz vollständiger Informationen über die Art und Weise der Erzeugung von Atomenergie sein.

Lassen Sie mich folgendes wiederholen, um Mißverständnisse zu vermeiden: Mein Land ist bereit, seinen vollen Beitrag zur Erreichung des von uns erstrebten Zieles zu leisten, Selbstverständlich vorausgesetzt, daß unser verfassungsmäßiges Verfahren eingehalten wird und daß ein angemessenes Kontrollsystem gemäß der endgültigen Ausarbeitung voll wirksam wird.

Und nun zu den Verletzungen:

In dem Uebereinkommen sollen Strafen so schwerer Art, wie sie die Nationen wünschen mögen, und in ihrer Ausführung so unmittelbar und zuverlässig als möglich festgesetzt werden, und zwar für:

1. den ungesetzlichen Besitz oder Anwendung einer Atombombe;
2. den ungesetzlichen Besitz oder die Spaltung von Atomstoffen, die sich zur Verwendung für die Herstellung einer Atombombe eignen;
3. die Inbetriebnahme einer Fabrikalanlage oder anderen Eigentums, das der Überwachungsbehörde gehört oder von ihr lizenziert wurde;
4. die willkürliche Einmischung in die Tätigkeit der internationalen Überwachungsbehörde;
5. die Ausarbeitung oder Verwirklichung gefährlicher Pläne auf dem Gebiet der Atomenergie entgegen den Bestimmungen der Kontrollbehörde oder ohne deren Genehmigung.

recht führt, das in der Charta der Ver. Nationen enthalten ist, soweit es sich auf das Gebiet der Atomenergie bezieht. Die Charta gestattet eine Bestrafung nur im Falle des Einverständnisses jeder einzelnen der fünf Großmächte — der UdSSR, des Vereinigten Königreichs Großbritannien, China, Frankreichs und der Ver. Staaten. Ich möchte klar feststellen, daß ich mich hier nur mit dem Veto befasse, soweit es unser besonderes Problem betrifft. Es darf kein Einspruchsrecht zum Schutz dererjenigen geben, die ihre feierlichen Verpflichtungen verletzen. Atomenergie nicht für die Verwirklichung zu entwickeln oder zu benutzen.

Die Bombe wartet nicht auf Debatte. Verzug kann den Tod bedeuten

Die Zeit, die zwischen der Uebertretung der Kontrollbestimmungen und der vorgeschriebenen Präsenzmaßnahmen oder Bestrafungen liegt, wäre für ausgedehnte Diskussionen über den einzuschlagenden Weg viel zu kurz. Wie die Dinge jetzt liegen, mag es noch mehrere Jahre dauern, bevor ein anderes Land eine Atombombe neu herstellen könnte. Wenn jedoch einmal die wissenschaftlichen Voraussetzungen allgemein bekannt sind und die Behörde in den verschiedenen Ländern Fabrikanlagen für friedliche Zwecke einrichtet hat, könnte eine böswillige Nation in den ungesetzlichen Besitz einer solchen Fabrikalanlage kommen und dann innerhalb von zwölf Monaten eine Atombombe herstellen. Sollte diese Nation vorher zeitliche Vorbereitungen getroffen haben, so würde die Produktion einer Atombombe in noch viel kürzerer Zeit vorstatten sehen.

Die dafür erforderliche Zeit — gleichbedeutend mit einer Warnung vor einer möglichen Verwendung der Atombombe — kann nur zerschüttert werden. Sie wird aber ausnehmend von vielen Faktoren abhängig sein, u. a. von dem Erfolg, mit dem die Atomkontrollbehörde Sicherungselemente in den Anlagen ihrer Betriebe einführen konnte, und davon, inwieweit ungesetzliche und heimliche Vorbereitungen für den militärischen Gebrauch der Atomenergie vorher ausgeschaltet sein werden.

Wahrscheinlich würde keine Nation daran denken, einen Krieg mit einer Bombe zu beginnen. Dies zeigt, daß Schnelligkeit bei der Entdeckung und Bestrafung von Vertragsverletzungen dringend notwendig ist. Der Vorzang der Verhütung und Bestrafung — ein Programm hoher Staatskunst — ist einbezogen in der von der Sowjetunion, Großbritannien und den Ver. Staaten vor einigen Monaten unterzeichneten Erklärung.

Atomenergie soll dem Frieden dienen

Staatsmänner und Wissenschaftler der ganzen Welt arbeiten an Nutzbarmachung der neuen Wunderkraft für Freiheit und Fortschritt

Washington, 12. August. (dona-Sonderdienst) Der wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Gesetzes durch Präsident Truman, durch das die Kontrolle der Atomenergie in den Vereinigten Staaten geregelt werden soll, betont von neuem den Willen der U.S., die neue Wunderkraft der gebänderten Atomgewalt für Freiheit und Fortschritt nutzbar zu machen. Für Freiheit und Fortschritt, für Freiheit von Furcht, Freiheit von Krankheiten, für Fortschritt auf allen Gebieten der Technik und der Heilkunde.

„Auf Grund des Gesetzes wird ein fünfgliedriger Ausschuss geschaffen werden, dem die Überwachung der Erforschung und Anwendung von Atomenergie übertragen ist. Die fünf Mitglieder des Ausschusses werden Zivilisten sein. Sie werden weitgehende Vollmachten haben, um über die Rohmaterialien, die zur Erzeugung von Atomenergie benötigt sind, zu disponieren und in alle Arbeiten auf diesem Gebiet Einblick zu nehmen.“

Vor einem Jahr erster Atombomben-Abwurf

Vor etwa einem Jahr wurden zum erstmaligen Atombomben verwendet. Die Vereinten Staaten gebrauchten diese furchtbare Waffe, um einen blutigen Krieg zu beenden, dessen Fortschritt zweifellos noch Millionen von Menschenleben zum Opfer gefordert hätte. Japan, der Angreifer im Osten, war gewarnt worden, nachdem der Angriff im Westen, Deutschland den Kampf aufzugeben hatte. Die Alliierten hatten von Potsdam aus die Aufforderung zur Kapitulation in Tokio gerichtet und in unmißverständlicher Weise die Schrecken geschildert, die eine Ablehnung zur Folge

der Vereinten Nationen am 14. Juni d. Js. gehalten hatte, steht noch immer zur internationalen Diskussion. Die Vorschläge, die Amerika unterbreitete, mögen Verbesserungen und Veränderungen bedürfen. Sie haben aber jedenfalls den Willen der Ver. Staaten zum Ausdruck gebracht, ihren vollen Beitrag zur Lösung des Problems der Atomenergie-Kontrolle im Rahmen der UN zu leisten und gipfeln in den Empfehlungen, Atomwaffen als Mittel der Kriegführung auszuschalten, dagegen die phantastischen Möglichkeiten der Atomkraft unter internationaler Kontrolle und in Zusammenarbeit aller Völker der Menschheit dienstbar zu machen.

Die Rede Bernard M. Baruchs

Bernard M. Baruch richtete seine Rede an die Mitglieder des Atomenergie-Ausschusses der Vereinten Nationen und an seine Mitbürger der Welt und erklärte:

Wir sind hier versammelt, um eine schnelle Wahl zwischen Leben und Tod zu treffen. Das ist unsere Aufgabe. Hinter den düsteren Vorzeichen des neuen Atomzeitalters liegt eine Hoffnung, die — mit Glauben aufgegriffen — unsere Rettung sein kann. Versagen wir darin, dann werden die Menschen zum Sklaven der Furcht verurteilt. Darum dürfen wir uns selbst nichts vormachen. Wir müssen zwischen dem Frieden und der Zerstörung der Welt wählen. Die Wissenschaft hat der Natur ein in seinen Möglichkeiten so gewaltiges Geheimnis entrisen, daß unser Verstand vor dessen mächtigen Auswirkungen zurückbleibt. Doch reicht Furcht

Die Schaffung dieses Ausschusses wurde auf einer vorbereitenden Konferenz am 15. November 1945 in Washington angesetzt, als der Präsident der Ver. Staaten gemeinsam mit dem britischen Ministerpräsident Attlee und dem kanadischen Ministerpräsident King einstellte, daß eine internationale Kontrolle des gesamten Gebietes unmittelbar lebensnotwendig sei. Sie schufen die Bildung dieses Ausschusses vor. Wenn man diese gemeinsame Erklärung prüft, so wird man finden, daß ihre Urheber das endgültige Mittel zur Erreichung der Weltfriedens, nämlich die Abschaffung des Krieges.

Feierlich schrieben sie: „Wir sind uns dessen bewußt, daß der einzige vollkommene Schutz für die zivilisierte Welt vor der vernichtenden Anwendung wissenschaftlicher Erfindungen in der Verhütung des Krieges liegt. Kein Sicherheitsystem kann erlassen werden, das aus sich selbst heraus eine wirksame Garantie gegen die Herstellung von Atombomben darstellt, die in der Welt weit verbreitet zu sein. Wir dürfen auch nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer Waffen oder neuer Methoden einer Kriegsführung verneinen, die eine ebenso große Gefahr für die Zivilisation wie die militärische Anwendung von Atomenergie darstellt.“

Auf Grund der Entwicklung, die ich hier aufgezeigt habe, sind wir hier versammelt, um die Probe darauf zu machen, ob der Mensch durch seinen Willen und Glauben das Wunder des Friedens schaffen kann, so wie er durch Wissenschaft und Können das Geheimnis der Atome gelöst hat

Internationale Überwachungsbehörde

Die Ver. Staaten schlagen daher die Schaffung einer internationalen Behörde zur Kontrolle und Überwachung der Atomenergie vor, die der Kontrolle der Rohstoffe aussehend, die Überwachung aller Phasen der Entwicklung und Verwendung von Atomenergie obliegen soll.

Die Aufgaben dieser Behörde sind folgende:

1. Die verfassungsmäßige Kontrolle und das Eigentum über alle Unternehmungen auf dem Gebiet der Atomenergie, die eine potentielle Gefahr der Welt sicherheit darstellen.
2. Die Einräumung des Rechtes zur Kontrolle, Inspektion und Lizenzierung der Tätigkeit mit der Atomfrage zusammenhängender Tätigkeiten.
3. Die Pflicht zur Förderung der Verwendung von Atomenergie zu allgemein nützlichen Zwecken.
4. Forschungen positivem Ziel, diese Behörde an die Spitze der Atomwissenschaft zu stellen. Sie wird dadurch fähig sein, jedweden Mißbrauch von Atomenergie zu erfassen und zu verhindern.

Um eine wirksame Arbeit leisten zu können, muß diese Behörde auf dem Gebiet der Atomenergie und seiner Entwicklung führend sein. So ergänzt sich die lezale Macht der Behörde mit seiner führenden Kenntnis auf dem Gebiet der Atomenergie.

Ich lege dies als die Basis zur Aufnahme unserer Diskussion vor. Aber ich bin der Ansicht, die Völker, denen wir dienen, würden nicht glauben — und ohne Glauben kann nichts erreicht werden — daß ein Vertrag, der den Besitz oder die Anwendung der Atombombe nur ächtet, eine wirksame Erfüllung der Aufgaben für diesen Ausschuss darstellen würde. Frühere Versuche der Methoden der Kontrolle der Sicherheit, die nicht durch eine wirkliche Garantie der Sicherheit und der Rüstungsbeschränkung unterstützt waren, sind fehlerhaft gewesen. Niemand in der Welt würde an solche Methoden allein glauben.

Jetzt, wenn jemals, ist die Zeit gekommen, für das allgemeine Wohl aller zu handeln. Die öffentliche Meinung ist für eine Weltbewegung, die eine Sicherheit gewährleistet. Wenn ich die Zeichen recht verstehe, wünschen die Völker ein Programm, das nicht nur aus frommen Gedanken zusammengesetzt ist, sondern sie fordern Sanktionen, die erzwungen werden können, ein internationales Gesetz, das auch seine Zähne zeigen kann. Wir in den Ver. Staaten wünschen der Welt den Frieden, und wir sind uns der Schwere der Verpflichtungen bewußt, die sich aus dem Besitz der Mittel zur Herstellung der Atombombe und aus der Tatsache ergeben, daß sie ein Teil unserer Rüstungen ist. Wir sind bereit, unseren vollen Bei-

Abschaffung des Vetorechts bei Strafverfahren

Es wäre eine Täuschung, zu der ich mich keinesfalls herbeigen würde, sagte ich nicht Ihnen und unseren Völkern, daß das Problem der Bestrafung das Kernstück unseres derzeitigen Sicherheitsystems ist. Es muß hier und heute zugegeben werden, daß diese Frazze unmittelbar zu dem Veto

Ausschaltung des Krieges

Laßt uns folgendes tief in unseren Geist verankern:

Der Friede kann niemals lange durch den Druck von Eisen oder durch ein Rüstungswettrennen erhalten bleiben. Der Friede kann ruhig und sicher nur durch ein zusehendes Verständnis und Uebereinkommen gemacht werden, die durch Sanktionen untermauert sind. Wir müssen uns für internationale Zusammenarbeit oder für internationalen Verfall entscheiden.

Die Wissenschaft hat uns die Nutzbarmachung der Atomkraft gelehrt. Es liegt im Bereiche der Prinzipien der menschlichen Pflicht, das Atom für einen guten Zweck und nicht für einen teuflischen Zweck nutzbar zu machen. Wir stehen tief vor einem Problem, das mehr ethischer als physikalischer Natur ist.

Die Lösung wird ein scheinbares Opfer an Stolz und Prestige erfordern. Aber es ist besser, als Preis für den Frieden dieses Opfer in Kauf zu nehmen, denn den Tod als Preis des Krieges zu erlösen.

Einigen wir uns, meine Herren, ehe der ganze Laden in die Luft fliegt

haben würde. Japan ließ die Warnung unbeachtet. Japan wollte den Krieg, den es bezog, weiterführen — und mußte den Preis dafür bezahlen. In den 12 Monaten, die seither verstrichen sind, haben Staatsmänner und Wissenschaftler der ganzen Welt daran gearbeitet, Mittel und Wege zu finden, durch welche die Allgemeinheit von dem drohenden Gespenst der Atombombe befreit und die Sicherheit geschaffen werden kann, daß in Zukunft Atomenergie nur zum Wohle der Menschheit verwendet werden wird. Die Ver. Staaten haben sich diesen Bestrebungen angeschlossen, noch mehr, sie haben sich zu ihrem Vorkämpfer gemacht, und haben wiederholt ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, als Mitglied der Ver. Nationen ihren vollen Beitrag zur Lösung des Problems der Atomenergiekontrolle, zur Abschaffung der Atomwaffen und zur Förderung der internationalen, friedlichen Atomwissenschaft zu leisten.

Amerikas Appell an das Weltgewissen

Achtung der Atomwaffe und -Kontrolle gefordert

New York, 12. August. Eine Rede, die der Vertreter der Ver. Staaten im Atomenergie-Ausschuss

allein nicht, um die Verwendung der Atombombe zu verhindern. Die Angst vor schrecklichen Waffen hat zu keinen Zeiten den Menschen daran gehindert, solche Waffen zu gebrauchen. Für jede Waffe wurde mit der Zeit eine Gegenwaffe erfunden. Jetzt befinden wir uns in einer Lage, in der es keine geeignete Verteidigung gibt.

Nur im Willen der Menschheit liegt die Rettung. Die Wissenschaft, die uns dieses furchtbare Machtmittel gab, zeigt uns, daß es eine gewaltige Hilfe für die Menschheit sein kann, aber die Wissenschaft zeigt uns nicht, wie seine unheilbringende Anwendung verhindert werden kann. Wir sind daher ernannt worden, um dieser Gefahr dadurch vorzubeugen, daß wir dafür aufrichtiges Verständnis bei unseren Völkern finden. Nur im Willen der Menschheit liegt die Antwort. Wir müssen Maßnahmen schaffen, welche die Verwendung von Atomenergie in der Welt für ausschließlich friedliche Zwecke garantieren und ihre Verwendung im Krieg unmöglich machen. Zu diesem Zweck müssen wir unmittelbar, schnelle und sichere Bestrafung dererjenigen vorsehen, die

Ich lege dies als die Basis zur Aufnahme unserer Diskussion vor. Aber ich bin der Ansicht, die Völker, denen wir dienen, würden nicht glauben — und ohne Glauben kann nichts erreicht werden — daß ein Vertrag, der den Besitz oder die Anwendung der Atombombe nur ächtet, eine wirksame Erfüllung der Aufgaben für diesen Ausschuss darstellen würde. Frühere Versuche der Methoden der Kontrolle der Sicherheit, die nicht durch eine wirkliche Garantie der Sicherheit und der Rüstungsbeschränkung unterstützt waren, sind fehlerhaft gewesen. Niemand in der Welt würde an solche Methoden allein glauben.

Jetzt, wenn jemals, ist die Zeit gekommen, für das allgemeine Wohl aller zu handeln. Die öffentliche Meinung ist für eine Weltbewegung, die eine Sicherheit gewährleistet. Wenn ich die Zeichen recht verstehe, wünschen die Völker ein Programm, das nicht nur aus frommen Gedanken zusammengesetzt ist, sondern sie fordern Sanktionen, die erzwungen werden können, ein internationales Gesetz, das auch seine Zähne zeigen kann. Wir in den Ver. Staaten wünschen der Welt den Frieden, und wir sind uns der Schwere der Verpflichtungen bewußt, die sich aus dem Besitz der Mittel zur Herstellung der Atombombe und aus der Tatsache ergeben, daß sie ein Teil unserer Rüstungen ist. Wir sind bereit, unseren vollen Bei-

Garantien sind wesentlich — Die Welt vor einem ethischen Problem

Aber bevor sich ein Land zur Abschaffung von kriegsentscheidenden Waffen bereit erklärt, muß es mehr Sicherheit haben als nur Worte. Es muß die Garantie der Sicherheit haben. Die Garantie nicht nur gegen Verstöße auf dem Gebiet der Atomenergie, sondern auch gegen ungesetzlichen Gebrauch anderer Waffen, beispielsweise bakteriologischer oder biologischer Art, Gas, und vielleicht auch gegen die Verwendung von Massenvernichtungswaffen. Die Lösung liegt in der Ausschaltung des Krieges überhaupt, denn nur in diesem Fall werden die Nationen den zusehenden Konkurrenzkampf in der Herstellung und Verwendung furchtbarer „Geheimwaffen“ aufgeben, deren Wert nur durch ihre Fähigkeit, zu töten, bestimmt sind. Dieses teuflische Programm brint uns nicht nur in finstere Vorzeiten zurück, sondern wirft uns aus dem Kosmos in das Chaos. Wenn es uns gelingt, einen geeigneten Weg zur Kontrolle der Atomwaffen zu finden, so können wir hoffen, daß wir auch den Gebrauch anderer Waffen, die für Massenvernichtungswaffen geeignet sind, ausschließen können. Wenn ein Mensch lernt „A“ zu sagen, so kann er, wenn er will, auch das restliche Alphabet lernen.

Garantien sind wesentlich — Die Welt vor einem ethischen Problem

Laßt uns folgendes tief in unseren Geist verankern:

Der Friede kann niemals lange durch den Druck von Eisen oder durch ein Rüstungswettrennen erhalten bleiben. Der Friede kann ruhig und sicher nur durch ein zusehendes Verständnis und Uebereinkommen gemacht werden, die durch Sanktionen untermauert sind. Wir müssen uns für internationale Zusammenarbeit oder für internationalen Verfall entscheiden.

Die Wissenschaft hat uns die Nutzbarmachung der Atomkraft gelehrt. Es liegt im Bereiche der Prinzipien der menschlichen Pflicht, das Atom für einen guten Zweck und nicht für einen teuflischen Zweck nutzbar zu machen. Wir stehen tief vor einem Problem, das mehr ethischer als physikalischer Natur ist.

Die Lösung wird ein scheinbares Opfer an Stolz und Prestige erfordern. Aber es ist besser, als Preis für den Frieden dieses Opfer in Kauf zu nehmen, denn den Tod als Preis des Krieges zu erlösen.

Washington, 12. August. (dona-Sonderdienst) Der wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Gesetzes durch Präsident Truman, durch das die Kontrolle der Atomenergie in den Vereinigten Staaten geregelt werden soll, betont von neuem den Willen der U.S., die neue Wunderkraft der gebänderten Atomgewalt für Freiheit und Fortschritt nutzbar zu machen. Für Freiheit und Fortschritt, für Freiheit von Furcht, Freiheit von Krankheiten, für Fortschritt auf allen Gebieten der Technik und der Heilkunde.

Washington, 12. August. (dona-Sonderdienst) Der wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Gesetzes durch Präsident Truman, durch das die Kontrolle der Atomenergie in den Vereinigten Staaten geregelt werden soll, betont von neuem den Willen der U.S., die neue Wunderkraft der gebänderten Atomgewalt für Freiheit und Fortschritt nutzbar zu machen. Für Freiheit und Fortschritt, für Freiheit von Furcht, Freiheit von Krankheiten, für Fortschritt auf allen Gebieten der Technik und der Heilkunde.

Washington, 12. August. (dona-Sonderdienst) Der wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Gesetzes durch Präsident Truman, durch das die Kontrolle der Atomenergie in den Vereinigten Staaten geregelt werden soll, betont von neuem den Willen der U.S., die neue Wunderkraft der gebänderten Atomgewalt für Freiheit und Fortschritt nutzbar zu machen. Für Freiheit und Fortschritt, für Freiheit von Furcht, Freiheit von Krankheiten, für Fortschritt auf allen Gebieten der Technik und der Heilkunde.

Washington, 12. August. (dona-Sonderdienst) Der wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Gesetzes durch Präsident Truman, durch das die Kontrolle der Atomenergie in den Vereinigten Staaten geregelt werden soll, betont von neuem den Willen der U.S., die neue Wunderkraft der gebänderten Atomgewalt für Freiheit und Fortschritt nutzbar zu machen. Für Freiheit und Fortschritt, für Freiheit von Furcht, Freiheit von Krankheiten, für Fortschritt auf allen Gebieten der Technik und der Heilkunde.

Plan zur Kontrolle der Atomenergie

Ich unterbreite folgende Maßnahmen, die die grundlegenden Züge eines Planes darstellen, der einigen Schlüsselproblemen, die ich hier kurz entwerfen habe, Wirkung verleihen soll:

1. Allgemeines

Die Kontrollbehörde soll einen umfassenden Plan zur Überwachung des gesamten Gebietes der Atomenergie durchzuführen. Die Behörde soll die verschiedenen Formen des Besitzes, des Eigentums, der Lizenzierung, der Anwendung, der Übertragung, der Forschung und Leitung durch die Behörde aufstellen. Nach dem sichergestellt ist, soll so wenig wie möglich eine Einmischung in die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der verschiedenen beteiligten Länder erfolgen.

2. Rohstoffe

Die Behörde soll sich als Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit vollständig und genaue Informationen über die Weltvorräte von Uran und Thorium beschaffen und diese für verschiedene Lagerungsarten sortieren. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren und die verschiedenen Lagerungsarten sortieren. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren.

3. Anlagen der Produktion

Die Behörde soll eine vollständige verwaltungsmäßige Kontrolle über die Herstellung von Atomkraftstoffen übernehmen. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren.

4. Atom-Sprengstoffe

Die Behörde soll das alleinige und ausschließliche Recht besitzen, Forschungen auf dem Gebiet von Atom-Sprengstoffen durchzuführen. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren.

5. Strategische Verteilung von Arbeitskräften und Materialien

Arbeiten, die wegen der damit verbundenen Gefahren für die Sicherheit hinsichtlich der Überwachungsbehörde übertragen werden sollen, sind Punkte in der ganzen Welt verteilt. Ebenso sollen Atomkraftmaterialien nicht zentral gelagert werden.

6. Ungefährliche Arbeiten

Die Behörde soll als eine ihrer wesentlichsten Funktionen die Verwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken fördern. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren. Die Behörde soll die verschiedenen Lagerungsarten sortieren.

7. Definition von gefährlichen und ungefährlichen Tätigkeiten

Obwohl eine genaue Trennungslinie zwischen gefährlichen und ungefährlichen Tätigkeiten gezogen werden kann, so ist sie doch nicht absolut. Darum soll die Überwachungsbehörde den gesamten Komplex der Atomenergie ständig neu überdenken auf Grund wechselnder Bedingungen oder neuer Erfindungen eine Revision der

Trennungslinie zwischen gefährlicher und nichtgefährlicher Tätigkeit zu gestalten.

8. Ausführung gefährlicher Arbeiten

Jede Fabrikanlage, die mit Uran oder Thorium arbeitet, soll, wenn der Arbeitsprozess in ein sicherheitsgefährliches Stadium tritt, nicht an der schärfsten fachlichen Überwachung von der Behörde unterworfen werden, sondern der Arbeitsprozess selbst soll unter Leitung, Aufsicht und Kontrolle der Behörde stehen.

9. Überwachung

Dadurch, daß wirklich sicherheitsgefährliche Tätigkeiten ausschließlich der Behörde vorbehalten sind, werden die Schwierigkeiten einer Überwachung vermindert. Wenn die Behörde die einzige Stelle ist, die rechtmäßig gefährliche Arbeiten durchführen kann, dann werden zugehörige Überwachungsbehörden in Angriff genommen werden, die ein unverzügliches Signal einer drohenden Gefahr bedeuten. Eine Inspektion wird auch stattdessen im Zusammenhang mit der Kontrollfunktion der Behörde.

10. Zutrittsfreiheit

Alle beauftragten Vertreter der Behörde müssen völlige Bewegungsfreiheit in den Werken versichert sein. Viele der Überwachungsbehörden der Behörde sollen sich aus anderen Funktionen, die zu ihren Aufgaben gehören, entwickeln. Wichtige Überwachungsmaßnahmen hängen mit der scharfen Überwachung der Rohstoffe zusammen, die von anderen Stellen der Behörde und der Erforschung von Rohstoffen gehört, sondern sie muß darüber hinausgehend die gesamten Arbeitsprozesse mit Rohstoffen von Nationen oder Gruppen durchzuführen werden.

11. Personal

Die personelle Zusammensetzung der Behörde soll auf der Basis einer erwiesenen Fähigkeit erliegen, aber auch, soweit als möglich, auf internationaler Basis beruhen.

12. Fortschritt - in Studien

Der erste Schritt in der Schaffung eines Kontrollsystems ist die Festlegung von umfassenden Satzungen für die Behörde. Sobald eine Charta für die Behörde angenommen worden ist, wird die Behörde ihr Kontrollsystem, für das sie verantwortlich ist, eine gewisse Zeit in der Entwicklung durchlaufen. Der Kontrollplan wird daher schrittweise in Kraft treten müssen. Die aufeinanderfolgenden Stadien der Einsetzung von Kontrollplänen sind: 1. Die Charta, die den Zweck und die Aufgaben der Behörde festlegt. 2. Die Festlegung der verschiedenen Stadien der Einsetzung von Kontrollplänen. 3. Die Festlegung der verschiedenen Stadien der Einsetzung von Kontrollplänen.

13. Mitteilungen

Die Vereinigten Staaten sind bereit, den Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen über die Atomenergie Informationen zu geben, die zum Verständnis der von den Vereinten Staaten eingebrachten Vorschläge wesentlich sind. Die Vereinigten Staaten sind bereit, den Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen über die Atomenergie Informationen zu geben, die zum Verständnis der von den Vereinten Staaten eingebrachten Vorschläge wesentlich sind.

14. Internationale Kontrolle

Wenn die Behörde geschaffen ist, werden sich Fragen ergeben, wieviel einer Nation erlaubt werden kann, eigene Kontrollbehörden zu errichten. Rein nationale Behörden sind für die Entwicklung der Atomenergie Überwachungsbehörden notwendigen Maße dieser unterstellt werden. Dies ist weder eine Befürwortung noch ein

Badische Neueste Nachrichten

Ablehnung der Schaffung nationaler Kontrollbehörden. Der Atomarschiv der UN soll in einem Entwurf eine klare Scheidung von Pflichten und Aufgaben solcher nationaler Kontrollbehörden festsetzen.

Rettenplan für alle

Und nun schließe ich. Ich habe einen Plan zur unmittelbaren Diskussion unterbreitet. Unsere Erwägungen werden durch die Kritik an den Vorschlägen der Ver. Staaten und durch die Pläne anderer Staaten erweitert werden. Ich hoffe, daß in nächster Gelegenheit vorgelegt werden. Ich und die übrigen Mitglieder der amerikanischen Delegation werden jedem Mitglied dieses Ausschusses Bücher und Schriften zugänglich machen. Darunter befindet sich auch der Adhese-Lithal-Bericht, herausgegeben wurde, und die Monographie Nr. 1 des McMahon-Ausschusses mit dem Titel "Wissenschaftliche Informationen über Atomenergie". Die Monographie bezieht sich auf das McMahon-Gesetz, das vor kurzem vom amerikanischen Senat angenommen worden ist, und kann sich bei der Beurteilung der Lage als wertvoll erweisen.

„Wir alle haben uns der Aufgabe gewidmet, der Verwirklichung der Hoffungslosigkeit ein Ende zu bereiten. Es wird keine leichte Aufgabe sein, höchsten Maße wert, beschrieben zu werden. Wir alle wünschen, aufrecht zu stehen, das Gesicht der Sonne zugewandt, und wollen nicht gezwungen werden, uns in die Erde einzukauern. Der Rettenplan muß von allen für alle ausgearbeitet werden. Das Licht am Ende des Tunnels ist schwach, aber unser Weg scheint immer heller zu werden, sobald wir wirklich einen Marsch beginnen. Wir können nicht zögern, den Weg bis zum Ende zu gehen. Wir hoffen aber, daß die Anstrengungen meiner Regierung helfen. Licht zu bringen.“

Lincolns Worte als Hinweis:

Laßt uns der Mahnung Abraham Lincolns gedenken, dessen Worte, gesprochen im Augenblick höchster Gefahr für die Nation, eine Unterlage für unsere Beratungen bilden. Ich führe sie hier etwas verändert an:

Wir können der Geschichte nicht entziehen, daß die Welt nicht ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten hätte überleben können. Wir wollen uns erinnern, ob wir wollen oder nicht. Keine persönliche Bedeutung oder Bedenkenlosigkeit kann den Frieden zwischen uns verhindern. Die Feuerrolle, die wir übersehen müssen, wird uns bis zum spätesten Geschick in Ehre oder Unehre dastehen lassen. Wir sagen, daß wir für Frieden sind. Die Welt wird nicht vergessen, daß wir für Frieden sind. Die Welt wird nicht vergessen, daß wir für Frieden sind. Die Welt wird nicht vergessen, daß wir für Frieden sind.



Andrey Gromyko und Bernard Baruch in einer Aussprache mit Herbert Hoover (links) und Wendell Willkie (rechts).

Licht und Wärme aus dem Atomkraftwerk

Die industrielle Auswirkung der neuen Energiequelle

Bad Nauheim, 12. August. Nach einer Meldung der „New York Herald Tribune“ planen Wissenschaftler aus 21 Ländern für September eine Weltkonferenz in Paris, um über die Auswertung der Atomenergie für industrielle Zwecke in internationaler Zusammenarbeit zu beraten.

Daß die Atomenergie unsere heutige Welt weitgehend verändern, daß sie schließlich Kohle und Öl als Kraftquelle ersetzen, und so eine neue große Industrie entstehen wird, darüber sind die meisten Wissenschaftler sich einig. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Dauer der Entwicklung. Während die einen mit 15 bis 20 Jahren rechnen, vertritt Dr. J. R. Oppenheimer, einer der Entdecker der Atomenergie, die Ansicht, daß in fünf bis sechs Jahren die ersten Atomkraftwerke in reifen Städten stehen werden. Professor Albert Einstein meint, es werde wahrscheinlich noch viel Zeit vergehen, ehe die Atomenergie für industrielle Zwecke auswertet werden könne, dagegen erklärt Dr. K. Z. L. Atombau, daß die Kalifornische Universität, es sei sowohl von wirtschaftlichen als auch von wissenschaftlichen Standpunkt aus durchaus möglich, schon in zwei Jahren Industrieunternehmen mit Atomenergie zu betreiben.

Alle Wissenschaftler sind sich darin einig, daß noch sehr viel Zeit vergehen wird, kleine Fabriken, die Automobile und Flugzeuge mit Atomenergie betreiben. Ist hier erst eine Lösung gefunden, werden andere kleine Atomkraftwerke zur Verfügung stehen. In den Vereinigten Staaten arbeiten die ersten Versuchswerke zur Auswertung der Atomenergie für Friedenszwecke. In New Jersey hat die Standard-Oil-Company ein Forschungs-Laboratorium eingerichtet. In Tennessee soll ein Atomkraftwerk zur Erzeugung von Brennstoff gebaut werden. Die Erzeugnisse dieser Forschungen sollen von der Atomkommission der UN als Unterlagen für die internationalen Gesetze zur Kontrolle der Atomenergie benutzt werden.

Im State Ohio wird ein Anlage zur Gewinnung von Benzin aus Erdöl unter Verwendung der Atomenergie errichtet. Auf Grund eines katalytischen Prozesses ist eine 90%ige Ausbeute an Benzin möglich, ohne daß Rückstände an Kerosin oder anderen niedrigen Destillaten verbleiben. Wie das Kerosin in einem der Vereinigten Staaten der wichtigsten radioaktiven Isotope — die bei der Atomzertrümmerung entstehenden radioaktiven „Zwillinge“ der verschiedenen Elemente — in der großen Privatindustrie hergestellt werden. Sie werden auf allen Gebieten der wissenschaftlichen Forschung und in der Kunststoff- und Metallindustrie verwendet. Auch die amerikanische Armee hat radioaktive Chemikalien, wie Phosphor, freigesetzt, um die Verwendung der Atomenergie für Friedenszwecke zu fördern.

Ein neues Verfahren, Plutonium und das Element U 235 so aufzuspalten, daß die freier werdende Atomenergie wohl für industrielle Zwecke, nicht aber zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden kann, wurde nach Mitteilung des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Dean Acheson entwickelt.

Auch in England ist das Interesse an der Nuklearmacht der Atomenergie für industrielle Zwecke sehr groß und der Präsident der russischen Akademie der Wissenschaften, Professor S. W. Law, hat in einer Broschüre über die friedliche Verwendung der Atomenergie, daß die sowjetischen Wissenschaftler Methoden ausarbeiten werden, um diese Entdeckung für die Menschheit nutzbar zu machen. Die ersten Schritte auf dem Wege zu ein neues technisches Zeitalter werden gemacht.

Atombombenversuch beendet

Bikini, 12. Aug. (dona) Admiral William Blandy hat am Donnerstag mit seinem Flaggenschiff „M. McKinley“ die Lagune von Bikini verlassen und erklärte den Atombombenversuch als beendet. Der letzte Abwurf saute Admiral Blandy, daß die Atomombe an Wirkung und Kraft mit der ersten Bomben war. Nach dem Abwurf einer Bombe verzlichen werden können.

Bayern gewinnt den Leichtathletik-Vier-Länderkampf

Jahresbestleistungen von Nenninger über 100 m in 10,8 und im Kugelstoßen Maßstein mit 14,76 m.

5000 Zuschauer erlebten im VfL-Stadion spannende Kämpfe mit hervorragenden Leistungen, die teilweise bei schlechter Witterung erzielt wurden. Im Gesamtergebnis siegte Bayern mit 97 Punkten vor Württemberg mit 124, Groß-Hessen mit 89 und Baden mit 82 Punkten. Die badische Vertretung war die schwache Bestleistung der Mittel- und Langstrecken ausschlaggebend.

Eine ausgesprochen gute Leistung vollbrachte Nenninger über 100 m, der trotz schlechten Starts im Lauf der neuen Jahresbestleistung mit 10,8 Sekunden sicher gewinnen konnte und außerdem den Wettsprung mit gleichmäßigem Welle mit 6,85 m gewann. Der 200-m-Lauf war eine sichere Sache der Stuttgarter Rumpfbühnen-Schicht mit 22,3 bzw. 22,4 Sek. Der badische Meister Beck lief in der beschriebenen Zeit von 23,1 Sek. den vierten Platz.

Über 800 m siegte Kaindl, ohne sich auszugeben, denn über 1500 m Dampert-Stuttgart, einen erbitterten Kampf lieferte. In der letzten Kur setzte sich Dampert an die Spitze, wurde dann aber auf der Zielgeraden von Kaindl überholt.

Über 500 m siegte Eberlein-München, nach taktisch klugen Lauf in 15,3 vor dem äußerst tapfer laufenden Württemberger Bolzhauer. In der 4 x 100 m Staffel sah Baden wie der Sieger aus, schied aber noch 20 m vor dem Zielband. Die hervorragende Leistung des Schlusmlannes Wigand, die hervorragende Leistung des Schlusmlannes Wigand, die hervorragende Leistung des Schlusmlannes Wigand.

In den technischen Wettbewerben war vor allen Dingen das Kugelstoßen beachtlich, weil Maßstein Bayern mit 14,76 m für eine neue deutsche Jahresbestleistung sorgte. Im Hammerwerfen siegte erwartungsgemäß Storch-Fulda mit 41,47 vor Wolfrum-Baden, der mit 40,70 m kam. Die Leistungen im Hochsprung waren schwächer.

- Ergebnisse:
- 100-m-Lauf: 1. Nenninger, Baden 10,8. 2. Wigner, Bayern 11,1. 3. Pfeiffer, Groß-Hessen 11,0. 4. Leichman, Bayern 11,4. 5. Rumpfbühnen, Württemberg 11,2. 6. Schindler, Württemberg 11,2. 7. Gruber, Baden 11,3. 8. Wittekind, Groß-Hessen 11,4. 9. 200-m-Lauf: 1. Rumpfbühnen, Württemberg 22,3. 2. Scheuring, Württemberg 22,4. 3. König, Bayern 23,0. 4. Beck, Baden 23,1. 5. Gruber, Baden 23,1. 6. Pray, Bayern 23,2. 7. Hüb, Groß-Hessen 23,4. 8. Köster, Groß-Hessen 23,5. 9. Diskus: 1. Hilbrich, Bayern 42,75. 2. Markertner, Württemberg 42,15. 3. Himmler, Bayern 39,72. 4. Kiehle, Württemberg 36,24. 5. Colmbach, Bayern 35,15. 6. Kraut Baden 34,91. 7. Riese, Groß-Hessen 34,61. 8. Vetter, Groß-Hessen 31,92. — Hochsprung: 1. Koppentrub, Groß-Hessen 1,75. 2. Hausmann, Bayern 1,70. 3. Koppentrub, Bayern 1,65. 4. Geist, Baden 1,65. 5. Hermann, Baden 1,65. 6. Hälele, Württemberg 1,65. 7. Koch, Groß-Hessen 1,65. 8. Keitel, Württemberg 1,65. 9. Wettsprung: 1. Nenninger, Baden 6,85. 2. Bachmann, Württemberg 6,75. 3. Schellin, Groß-Hessen 6,73. 4. Steger, Bayern 6,62. 5. Stöltzle, Württemberg 6,49. 6. Frosch, Bayern 6,43. 7. Beck, Baden 6,24. 8. Nibach, Groß-Hessen 6,18. — Kugelstoßen: 1. Maßstein, Bayern 14,76. 2. Dr. Barth, Groß-Hessen 13,58. 3. Kianle, Württemberg 12,95. 4. Heiner, Baden 12,83. 5. Hilbrich, Bayern 12,44. 5. Storch, Groß-Hessen 12,27. 7. Leitner, Württemberg 12,23. 8. Kraut, Baden 11,84. — 400-m-Staffel: 1. Bayern: Leichman, Pray, Frosch, Wigner 42,2. 2. Baden: Nenninger, Beck, Reis, Gruber 44,3. 3. Groß-Hessen: Pfeiffer, Hüb, Köster, Wittekind 44,7. 4. Württemberg: Rumpfbühnen, Scheuring, Vetter, Schur 44,7. — Hammer: 1. Storch, Groß-Hessen 51,47. 2. Wolf, Baden 49,17. 3. Kolliba, Bayern 44,53. 4. Hausmann, Bayern 42,75. 5. Langenbr, Württemberg 37,89. 6. Leitner, Württemberg 36,92. 7. Feiler, Groß-Hessen 27,12. 8. Hotz, Baden 25,02.

Arbeitstagung der süddeutschen Landessportverbände

In München trafen sich Baden, Bayern, Groß-Hessen und Württemberg zu einer Arbeitstagung. Die Vertreter bekamen sich einmütig zu der Auffassung, im Sportjahr 1946/47 die süddeutschen Meisterschaften im Rahmen der Landessportverbände durchzuführen. Die Landessportverbände haben es als ihre vornehmste Aufgabe an, im nächsten Jahr eine einwandfreie Durchführung aller sportlichen Aufgaben für die stärkste Einheit der internationalen Sportgesetzte zu sorgen. Die Heranbildung der Usterstellung des Berufsports wird grundsätzlich abgelehnt.

Deutsche Leichtathletikmeisterschaft 1946. Am 24./25. August werden in Frankfurt Stadion die deutschen Meisterschaften der Leichtathletik durchgeführt.

TuS Beierheim Kreismeister

Beierheim — Blathem 4:3 (3:0)

Im Endspiel um die Kreismeisterschaft standen sich beide Mannschaften gegenüber. Beide Teile waren mit starker Aufstellung besetzt. Das Spiel begann recht nervös. Beierheim erzielte zwei Tore, begann dann ruhiger und in der 8. Minute gelang durch Stralstein der Führungstreffer. In der 10. Minute gelang durch Stralstein der Führungstreffer. In der 10. Minute gelang durch Stralstein der Führungstreffer.

Nach der Pause werden Blathem Angriffe gefährlicher. Die Blathemer Mannschaft hat alle Hände voll zu tun. 3:1 heißt es nach der Pause. Blathem hat offensichtlich Schluß. Zwei Schüsse geben die Blathemer Mannschaft die Möglichkeit, das Spiel zu gewinnen. Durch Stralstein vergrößert Beierheim auf 4:2. Auf dem 45. Minute gelang durch Stralstein der Führungstreffer. In der 10. Minute gelang durch Stralstein der Führungstreffer.

Am Mittwoch, den 14. August, 19:15 Uhr, bestreitet Beierheim — KTSV 46 das Endspiel um die Jugendmeisterschaft. Neureut — Eggenstein 12:3. 8:1.

Abschluß der Turn- und Sportwoche in Beierheim

Vor etwa 1500 Zuschauern fand die Turn- und Sportwoche am vergangenen Sonntag ihren Abschluß. Es waren viele Zuschauer und interessanter Kämpfe im Fußball, wie im Handballturnier.

Fußball: FC 21 Karlsruhe — FVg 05 Sulzbach 2:0. FC 21 nahm sofort die Hand in die Hand und konnte das Spiel überlegen gestalten. Sulzbach wehrte sich tapfer, doch gelang ihnen nichts Zählendes. Die Tore fielen in gleichmäßigen Abständen in der zweiten Hälfte des Spiels. Handball: Karlsruher Turnverein — TSV Blathem 6:3. Ein sehr interessantes Spiel boten diese beiden Mannschaften. Der Sieg wurde Blathem mit weitaus nicht so leicht gemacht, wie es das Resultat besagt. Das Blathemer Team wurde durch einen ausgezeichneten Schiedsrichter nicht anerkannt wurde.

Fußball Jugend: Karlsruher BV — FC Neureut n. V. 3:1 (2:1). Zwei hervorragende Jugendmannschaften standen sich hier gegenüber, die in nichts einander nachstehen. Als Turnierleiter wurde durch das Lok FC Neureut ernannt, nachdem das Spiel nach der Verlängerung noch unentschieden war.

Handball Jugend: TV Göttingen — TSV Blathem n. V. 4:2 (2:2). Auch bei der Handballjugend war ein sehr interessantes Spiel. Das Spiel stand bei regulärer Spielzeit gerad das Glück noch zwei Tore zu erzielen, dem Blathem ein Tor entgegenzusetzen konnte, das allerdings vom Schiedsrichter nicht anerkannt wurde.

Siegerabend fand dann im Vereinshaus noch eine Siegerehrung statt, die von Obersportwart Waltenberger vorgenommen wurde. Er dankte den teilnehmenden Mannschaften für ihren Einsatz und für den schönen Sport und er verteilte Ehrenpreise und Urkunden an die Sieger. Die Göttinger Jugend hatte dann bei der Verlängerung das Glück noch zwei Tore zu erzielen, dem Blathem ein Tor entgegenzusetzen konnte, das allerdings vom Schiedsrichter nicht anerkannt wurde.

Kurze Sportnotizen

Stella Walsh lief Weltrekord. Anlässlich der Leichtathletik-Meisterschaften des nordamerikanischen States Ohio durchlief Stella Walsh die Hundert-Meterstrecke in 16,1 Sekunden und erzielte damit die von Helen Steinhilberin (USA) auf der Berliner Olympiade aufgestellte Weltrekord. Stella Walsh, die auf der gleichen Veranstaltung noch den 200-Meterlauf und das Diskuswerfen gewann, erklärte, sie sei polnische Vertreterin an den europäischen Leichtathletik-Meisterschaften in Oslo gekommen.

Der Erste Helio Lipp, der bisher im Kugelstoßen bereits mit 15,78 m die europäische Jahresbestleistung und den russischen Rekord hielt, verlor sich jetzt in Moskau auf 16,22 m. Er ist damit nahe an den Europarekord des im Krieg gefallenen Deutschen Woelke von 16,60 m gekommen.

Das Rad-Sport-Rennen der Städte, das in Stuttgart auf wurde und über 576 Kilometer führte, gewann die Stuttgarter Mannschaft. Stimmlich, Hasenforner, Bühler und Scherke knapp vor der Nürnberg-Delegation. Dichtauf folgten die Mannschaften von „Mannheim, Augsburg, München und Ulm.“

Spanien Prag tschechischer Fußballmeister. Durch einen sensationellen 5-Sieg gegen Slavia gewann Sparta Prag, die in nächster Zeit die 4:2 gewonnen hatte, den tschechischen Fußballmeistertitel. Meister von Ungarn wurde Ujpest Budapest, und Meister von Holland Harlem.

Schach-Post

Schachmeisterschaft von Württemberg

In der zehnten Runde des Schachturniers um die Meisterschaft von Württemberg, die am Freitagvormittag in Kirchheim-Teck ausgetragen wurde, waren die bedeutendsten Ereignisse der Sieg Dr. Ludwig gegen Habermann, die Niederlage Casars gegen den Ausseter Schmaus und der unentschiedene Kampf zwischen Kraus und Becker. Der Staff der Spielergruppen ist jetzt folgende: Dr. Ludwig, Habermann und Becker je 9½ Punkte. Beim Abbruch der Aussichten auf den Meistertitel ist zu berücksichtigen, daß alle sechs Favoriten noch sehr schwere Partien vor sich haben mit allseitiger Ausbeute von Dr. Ludwig, der in den letzten drei Runden nur noch gegen verhältnismäßig leichte Gegner antreten muß. Nach dem Schachturnier werden die Teilnehmer in Gailsbach, Schmaus, Lutz und Dr. Wiedenmann und Schopper voraussichtlich erst neuerdings qualifizieren müssen, um an nächster Jahr wieder in der Meisterschaft spielen zu können. Walliser schließlich liegt ganz hoffnungslos zurück.

Das von uns gestartete Lösungsturnier, hat bei den Freunden des Schachs großes Interesse gefunden. Heute bringen wir die Namen der Löser, die einzelnen Aufgaben richtig lösten. Zunächst die Lösungen der Aufgaben von 11 bis 15:

8	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
a	b	c	d	e	f	g	h								

Die Rätsellösungen sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

Die Aufgaben sind: 1. 1. a2, 2. d1, 3. f2, 4. h3, 5. b4, 6. d5, 7. f6, 8. h7, 9. b8, 10. d9, 11. f10, 12. h11, 13. b12, 14. d13, 15. f14, 16. h15.

